



Extrem rechte und rechtspopulistische Parteien in NRW

Analyse zum Wahlkampf und den Ergebnissen
bei der Landtagswahl 2017

Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus in NRW

18.5.2017

Vorwort

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Leserinnen und Leser,

Seit fast zehn Jahren sind die Mobilen Beratungsteams in den Regierungsbezirken NRWs feste Ansprechpartnerinnen für alle, die sich im Land mit Rechtsextremismus, Rassismus, Antisemitismus und anderen Ungleichwertigkeitsvorstellungen auseinandersetzen wollen – oder müssen. Neben der konkreten Unterstützung von Initiativen, engagierten Personen, Verbänden, Bildungseinrichtungen, Unternehmen, Vereinen, Parteien oder Behörden vor Ort durch Beratung, Qualifizierung und Begleitung ist seit vielen Jahren die Recherche und Analyse aktueller Herausforderungen im Themenfeld eine Hauptaufgabe der Teams. Die Ergebnisse wollen wir möglichst hilfreich und nutzbar für Engagierte und Interessierte aufbereiten und weitergeben.

Daher legen wir auch 2017 eine Analyse der Landtagswahl hinsichtlich rechtspopulistischer und rechtsextremer Parteien vor. Im ersten Teil finden Sie eine durch den Dortmunder Journalisten Felix Huesmann erstellte NRW-weite Analyse der Parteien des rechten Spektrums im Landeswahlkampf. Dieser landesweiten Einschätzung folgt die Beschreibung und Analyse der Strategien und des Wahlkampfes mit regionalem und lokalem Bezug.

Neben tabellarischen Darstellungen der Wahlergebnisse rechter Parteien werden die fünf Regierungsbezirke Arnsberg, Detmold, Düsseldorf, Köln und Münster von dem jeweils zuständigen Mobilen Beratungsteam gegen Rechtsextremismus regionalspezifisch analysiert und ausgewertet. Gemeinsamkeiten, aber auch Unterschiede der verschiedenen Regionen NRWs werden so deutlich. Die Texte sind unabhängig voneinander lesbar, Wiederholungen sind dabei allerdings nicht immer vermeidbar beziehungsweise beabsichtigt.

Wir bedanken uns herzlich bei allen, die an der Erstellung und schnellen Veröffentlichung beteiligt waren, insbesondere bei Felix Huesmann.

Mobile Beratung NRW, 18. Mai 2017.

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	2
Inhaltsverzeichnis	3
1 Ausgangslage vor der Landtagswahl 2017	5
1.1 Rechtspopulistische und extrem rechte Parteien in NRW	6
1.1.1 Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD).....	6
1.1.2 DIE RECHTE	6
1.1.3 Der Dritte Weg (Der III. Weg).....	7
1.1.4 Die Republikaner (REP).....	8
1.1.5 pro NRW	8
1.1.6 Alternative für Deutschland (AfD)	9
2 Wahlkampf rechtspopulistischer und extrem rechter Parteien zur Landtagswahl 2017	11
2.1 Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD)	11
2.1.1 Plakate	11
2.1.2 Fernseh-Wahlwerbespot.....	11
2.1.3 Wahlkampf in den Sozialen Medien	12
2.1.4 Kundgebungen und Demonstrationen	12
2.2 DIE RECHTE	12
2.2.1 Plakate	13
2.2.2 Fernseh-Wahlwerbespot.....	13
2.2.3 Wahlkampf in den Sozialen Medien	14
2.2.4 Kundgebungen und Demonstrationen	14
2.3 Alternative für Deutschland (AfD)	14
2.3.1 Plakate	14
2.3.2 Fernseh-Wahlwerbespot.....	15
2.3.3 Wahlkampf in den Sozialen Medien	15
2.3.4 Kundgebungen und Demonstrationen	15
2.3.5 Wahlkampfunterstützung von außen	16
3 Überblick über das Ergebnis der Landtagswahl	18
3.1 Gesamtergebnis	18
3.2 Ergebnis rechtspopulistischer und extrem rechter Parteien im Vergleich.....	19
3.3 Bedeutung der Wahlergebnisse rechtspopulistischer und extrem rechter Parteien.....	20
4 Regionale Analyse I: Regierungsbezirk Arnsberg	21
4.1 Ausgangslage	21
4.2 Wahlkampf	21
4.2.1 Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD).....	21
4.2.2 DIE RECHTE	21
4.2.3 Die Republikaner (REP).....	21
4.2.4 Alternative für Deutschland (AfD)	22
4.3 Ausgang	22
4.3.1 Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD).....	22
4.3.2 DIE RECHTE	23
4.3.3 Die Republikaner (REP).....	24
4.3.4 Alternative für Deutschland (AfD)	24
4.4 Analyse.....	25
5 Regionale Analyse II: Regierungsbezirk Detmold	27
5.1 Ausgangslage	27
5.2 Wahlkampf	27
5.2.1 DIE RECHTE	27
5.2.2 Alternative für Deutschland (AfD)	28
5.2.3 Die Republikaner (REP).....	29
5.3 Wahlergebnisse	29
5.3.1 Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD).....	30
5.3.2 DIE RECHTE	30
5.3.3 Alternative für Deutschland (AfD)	31
5.4 Fazit	31

6	Regionale Analyse III: Regierungsbezirk Düsseldorf	32
6.1	Ausgangslage.....	32
6.2	Wahlkampf	32
6.2.1	Die Republikaner (REP).....	32
6.2.2	Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD)	33
6.2.3	DIE RECHTE	33
6.2.4	Alternative für Deutschland (AfD)	33
6.3	Fazit	37
7	Regionale Analyse IV: Regierungsbezirk Köln	38
7.1	Ausgangslage.....	38
7.2	Wahlkampf	38
7.3	Bewertung der Ergebnisse.....	39
7.3.1	Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD)	41
7.3.2	DIE RECHTE	41
7.3.3	Die Republikaner (REP).....	41
7.3.4	Volksabstimmung/Bündnis D	42
7.3.5	Alternative für Deutschland (AfD)	42
7.3.6	AfD Köln	42
7.4	Fazit	43
8	Regionale Analyse V: Regierungsbezirk Münster.....	44
8.1	Ausgangslage.....	44
8.2	Wahlkampf und Analyse des Wahlausgangs	44
8.2.1	Die Republikaner (REP).....	44
8.2.2	Bürgerbewegung <i>pro NRW</i> (pro NRW)	44
8.2.3	Alternative für Deutschland (AfD)	45
8.3	Ergebnisse	48
9	Impressum.....	49

1 Ausgangslage vor der Landtagswahl 2017

Bundesweit und auch in Nordrhein-Westfalen hatte das Erstarken der *Alternative für Deutschland* (AfD) in den letzten Jahren einen großen Einfluss auf die rechte und rechtsextreme Parteienlandschaft. Während die NPD bundesweit an Bedeutung verlor und in NRW weiterhin ihrer politischen Bedeutungslosigkeit fristet, vermochte es die AfD mit einer Politik der Instrumentalisierung gesellschaftlicher Ressentiments, mitunter deutlich zweistellige Wahlergebnisse bei Landtagswahlen zu erreichen.

Flüchtlingsfeindliche Tendenzen innerhalb der deutschen Gesellschaft sind in den letzten Jahren bundesweit erstarkt. Angriffe auf Flüchtlinge und Flüchtlingsunterkünfte sind in den Jahren 2015 und 2016 stark angestiegen. Besonders nach den sexuellen Übergriffen auf Frauen in der Silvesternacht 2015/2016 schwenkten immer größere Teile des öffentlichen Diskurses von der Leitidee der Aufnahmebereitschaft auf einen rassistisch geprägten Sicherheitsdiskurs um. Mehr und mehr wurde öffentlich über tatsächliche oder vermeintliche von Asylbewerbern begangene Straftaten gesprochen. Verknüpft war und ist dies häufig mit einer Forderung nach schnelleren Abschiebungen. An diese Stimmung versuchen rechte und rechtsextreme Organisationen und Parteien anzuknüpfen. Einen signifikanten Zugewinn an Mitgliedern und Wählerstimmen konnte dabei jedoch lediglich die AfD verzeichnen.

In Nordrhein-Westfalen existieren auf Landesebene sowie lokal und regional verankert insgesamt mehrere rechte und rechtsextreme Wahlparteien. Diese Parteien stellen zum Teil Vertreter_innen in Kreistagen, Stadträten und Bezirksvertretungen. In der Geschichte des nordrhein-westfälischen Landtags hat jedoch bis zur Landtagswahl 2017 keine Partei rechts der bürgerlichen Parteien den Einzug in das Landesparlament geschafft.¹

Von den in NRW existenten rechten und rechtsextremen Parteien sind lediglich die AfD, DIE RECHTE, NPD und REP zur Landtagswahl angetreten. Insgesamt wurden 31 Parteien zur Landtagswahl zugelassen.²

¹ https://www.landtag.nrw.de/portal/WWW/Navigation_R2010/030-Parlament-und-Wahlen/040-Landtagswahlen/070-Wahlergebnisse/Inhalt.jsp

² http://www.mik.nrw.de/fileadmin/user_upload/Redakteure/Dokumente/Themen_und_Aufgaben/Buergerbeteiligung/Wahlen/2017landtagswahl/170404landeslisten.pdf

1.1 Rechtspopulistische und extrem rechte Parteien in NRW

1.1.1 Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD)

Im Vergleich zu anderen Bundesländern war die *Nationaldemokratische Partei Deutschlands* (NPD) in NRW immer schon bedeutend schwächer. Konnte die NPD in den 1960er Jahren in mehrere westdeutsche Landtage einziehen und in den 2000er Jahren Wahlerfolge in Ostdeutschland verbuchen, fristet sie in NRW seit ihrer Gründung ein Nischendasein. Auch kommunalpolitisch hat die Partei in NRW keine große Relevanz. Bei den Kommunalwahlen im Jahr 2014 konnte sie in acht Stadträte und Kreistage einziehen³.

Den größten Erfolg – auch in finanzieller Hinsicht – konnte die NPD dabei in Dortmund verbuchen, wo ihr Ratsherr Axel Thieme gemeinsam mit dem Ratsvertreter der Neonazi-Partei *DIE RECHTE* eine Ratsgruppe bildet. Dadurch stehen den beiden Parteien mehr als 40.000 € für Personal- und Sachkosten zur Verfügung. Der Rat der Stadt Dortmund hatte den beiden Ratsmitgliedern zunächst den Gruppenstatus und damit die Geldmittel verweigert, die darauf folgende juristische Auseinandersetzung dann jedoch verloren⁴. Eine Duisburger Ratsgruppe, bestehend aus der stellvertretenden NPD-Landesvorsitzenden Melanie Händelkes und Egon Rohmann (Ex-pro NRW), löste sich Anfang 2017 auf. Die NPD erregte in Duisburg auch dadurch für Aufsehen, dass sie in der Kommunalwahl 2014 im Bezirk Bruckhausen-Ostacker 25% der Stimmen erlangen konnte.⁵

Ansonsten fällt die NPD vor allem durch unregelmäßige und eher kleine Demonstrationen auf. So marschierten am 4. April 2016 80 Personen in Essen⁶, am 1. Mai 2016 180 Personen in Bochum⁷ und am 1. Mai 2017 130 Personen in Essen⁸ auf. Der nordrhein-westfälische Verfassungsschutz schätzt die Mitgliederzahl der NPD in NRW für das Jahr 2015 auf 600⁹.

1.1.2 DIE RECHTE

Die neonazistische Kleinpartei *DIE RECHTE* wurde im Mai 2012 vom norddeutschen Neonazi Christian Worch gegründet. Ein nordrhein-westfälischer Landesverband und mehrere Kreisverbände entstanden unmittelbar nach dem Verbot dreier Neonazi-Kameradschaften durch den Innenminister des Landes NRW im August 2013. Von dem Verbot betroffen waren der *Nationale Widerstand Dortmund*, die *Kameradschaft Hamm* und die *Kameradschaft Aachener Land*. Nachdem einst *Freie Kameradschaften* als Gegenmodell zu den einfacher zu überwachenden Parteien gegründet wurden, vollzog sich hierdurch ein erneuter Strategiewechsel der bundesdeutschen Neonaziszene mit Schwerpunkten in NRW. Um der Einstufung als

³ <https://nrwrex.wordpress.com/2014/07/29/aus-dem-heft-100-kommunale-mandate-die-kommunalwahlergebnisse-der-extremen-rechten-in-nrw/>

⁴ <http://nordstadtblogger.de/npd-und-die-rechte-werden-vorlaeufig-als-ratsgruppe-anerkannt-und-bekommen-ueber-40-000-euro-pro-jahr/>

⁵ <http://www.waz.de/staedte/bochum/verletzte-polizisten-bei-npd-demo-und-gegendemos-in-bochum-id11777587.html>

⁶ <https://www.politikforen.net/showthread.php?158262-Neuwahl-in-Duisburg-Bruckhausen-Ostacker-NPD-25-pro-NRW-8>

⁷ <https://www.vice.com/de/article/die-90er-haben-angerufen-und-wollen-ihre-nazis-zurueck-876>

⁸ <http://www.waz.de/staedte/bochum/verletzte-polizisten-bei-npd-demo-und-gegendemos-in-bochum-id11777587.html>

⁹ <http://www.waz.de/staedte/essen/300-demonstranten-stellen-sich-neonazis-in-essen-entgegen-id210423911.html>

⁹ http://www.mik.nrw.de/fileadmin/user_upload/Redakteure/Verfassungsschutz/Dokumente/VS-Berichte/Verfassungsschutzbericht_2015.pdf S.22

Nachfolgeorganisation der verbotenen Kameradschaften zu entgehen, organisierten sich die Neonazis in der bereits bestehenden Partei *DIE RECHTE* neu. Dadurch genießen sie außerdem derzeit das Parteienprivileg, ein Verbot von *DIE RECHTE* durch das Innenministerium ist nicht ohne weiteres möglich¹⁰.

DIE RECHTE hat sich seit 2012 zur aktivsten Neonazi-Organisation in NRW entwickelt. Lokale Schwerpunkte der Partei sind Wuppertal, Hamm und vor allem Dortmund. In diesen Städten trat *DIE RECHTE* im Jahr 2014 auch erstmals zur Kommunalwahl an. In Dortmund erlangte sie dabei ein Stadtratsmandat und vier Bezirksvertretungsmandate, in Hamm ebenfalls ein Stadtratsmandat und ein Bezirksvertretungsmandat¹¹. In Dortmund konnte *DIE RECHTE* weiterhin mit dem Ratsherrn der NPD eine Ratsgruppe bilden.

Den legalen Mantel der Partei nutzt *DIE RECHTE* zur Verbreitung klassischer Nazi-Ideologie. Dabei bezieht sie sich mitunter offen auf den historischen Nationalsozialismus. Vor allem in Dortmund führt *DIE RECHTE* regelmäßige Kundgebungen und Demonstrationen durch. Das Spektrum der Teilnehmer_innenzahlen reicht von weniger als einem Dutzend bei kleinen Kundgebungen bis hin zu etwa 1.000 Teilnehmer_innen bei der bundesweiten Demonstration zum „Tag der deutschen Zukunft“ am 4. Juni 2016.¹²

Am Abend der Kommunalwahl am 25. Mai 2014 griffen Mitglieder und Kandidaten der Partei *DIE RECHTE* gemeinsam mit anderen Neonazis Teilnehmer_innen einer Wahlparty im Dortmunder Rathaus an und versuchten, sich Zutritt zum Rathaus zu verschaffen¹³. Auch sonst fallen Mitglieder und Kader der Partei immer wieder durch Volksverhetzung oder Körperverletzungsdelikte auf. Ihr Stadtratsmandat in Dortmund nutzt *DIE RECHTE* vor allem für gezielte Provokationen. Mit einer Anfrage an die Stadtverwaltung nach der Zahl der Juden in Dortmund erlangte die Partei bundesweit und sogar international Aufmerksamkeit¹⁴. Auch durch andere Provokationen wie die Ankündigung eines „Rechten Stadtschutz“, der angeblich in U-Bahnen und an verschiedenen Orten in der Stadt patrouilliert, erlangte *DIE RECHTE* in Dortmund mehrfach großes überregionales Medieninteresse. Insbesondere steht der Stadtteil Dortmund Dorstfeld immer wieder im Fokus, in dem einige Dortmunder Neonazis wohnen und den sie selbst als „Nazi-Kiez“ bezeichnen.

Der nordrhein-westfälische Verfassungsschutz spricht von 300 Mitgliedern der Partei in NRW für das Jahr 2015.¹⁵

1.1.3 Der Dritte Weg (Der III. Weg)

Wie auch *DIE RECHTE* ist *Der Dritte Weg* eine neonazistische Kleinpartei, die gegründet wurde, um durch das Parteienprivileg besser vor einem Verbot geschützt zu sein. Gegründet wurde sie 2013 unter anderem

¹⁰ <https://www.welt.de/regionales/nrw/article142208513/NRW-Innenminister-will-Partei-Die-Rechte-verbieten.html>

¹¹ <https://nrwrex.wordpress.com/2014/07/29/aus-dem-heft-100-kommunale-mandate-die-kommunalwahlergebnisse-der-extremen-rechten-in-nrw/>

¹² <http://www.taz.de/!5310053/>

¹³ <http://www.ruhrnachrichten.de/staedte/dortmund/44137-City-/Angriff-auf-Wahlparty-Neonazis-wollten-Dortmunder-Rathaus-stuermen-zehn-Verletzte:art930,2374372>

¹⁴ <http://www.faz.net/aktuell/politik/inland/dortmund-ratsmitglied-stellt-anfrage-nach-zahl-der-juden-13266845.html>

¹⁵ http://www.mik.nrw.de/fileadmin/user_upload/Redakteure/Verfassungsschutz/Dokumente/VS-Berichte/Verfassungsschutzbericht_2015.pdf S.22

von Mitgliedern des im Jahr darauf verbotenen „*Freien Netz Süd*“. Die Schwerpunkte der Partei liegen vor allem in Süd- und Ostdeutschland. Laut eigenen Angaben verfügt *Der Dritte Weg* über drei sogenannte Stützpunkte, die ganz oder teilweise in NRW liegen – in Ostwestfalen, im südlichen Sauerland und in Südwestfalen an der Grenze zu Rheinland-Pfalz und Hessen. *Der Dritte Weg* entfaltet hier bislang jedoch nur wenig eigene Aktivitäten und verfügt laut Verfassungsschutzbericht für das Jahr 2015 lediglich über 30 Mitglieder in NRW. Zur Landtagswahl tritt die Kleinpartei nicht an.

1.1.4 Die Republikaner (REP)

Die Republikaner (REP) haben nicht nur in NRW ihren Zenit längst überschritten. Bis 2001 gelang es den REP mehrfach, in Landesparlamente in Westdeutschland und Berlin einzuziehen. Durch Parteiübertritte aus CDU und CSU waren die REP zwischenzeitlich sogar im Bundestag vertreten. In NRW hat es die Partei bislang jedoch nie geschafft, in den Landtag einzuziehen. Und auch in NRW haben die REP in den vergangenen Jahren noch weiter an Relevanz verloren. Bei den Kommunalwahlen 2014 konnten sie lediglich in drei kreisfreien Städten und Kreisen sowie in zwei kreisangehörigen Städten Mandate erlangen¹⁶. Einen Schwerpunkt der REP-Aktivitäten in NRW stellt Düsseldorf dar. Dort fanden wiederholt Kundgebungen mit Teilnehmer_innenzahlen im niedrigen bis mittleren zweistelligen Bereich statt. Lokale Beobachter_innen konnten dabei einen Schulterschluss mit lokalen Neonazis und rechten Hooligans feststellen¹⁷.

1.1.5 pro NRW

Die Bürgerbewegung pro NRW (pro NRW) hat ebenso wie die gesamte *pro-Bewegung* (inkl. *pro Köln* und *pro Deutschland*) in den letzten Jahren massiv an Bedeutung verloren. Dieser Bedeutungsverlust ist eng mit dem Erstarken der AfD verknüpft. Zur Landtagswahl 2017 ist die selbsternannte „Bürgerbewegung“ deshalb gar nicht erst angetreten. Zur Erklärung schreibt der *pro NRW*-Vorsitzende Markus Beisicht auf der Website der Partei: „Derzeit haben Parteien aus dem rechten bzw. rechtsdemokratischen Spektrum gegen die AfD keine Chance. Die AfD schwächelt zwar ein wenig, aber die Partei hat sich eindeutig als rechter Marktführer in der Bundesrepublik etabliert. Daher hätte eine eigenständige *pro NRW*-Kandidatur letztendlich die AfD geschwächt und den Altparteien genutzt.“¹⁸ Ob der Verzicht auf einen Wahlantritt tatsächlich nur erfolgt ist, um die AfD nicht zu schwächen, oder ob er nicht in erster Linie mit der organisatorischen Schwäche von *pro NRW* zu tun hat, sei dahingestellt.

¹⁶ <https://nrwrex.wordpress.com/2014/07/29/aus-dem-heft-100-kommunale-mandate-die-kommunalwahlergebnisse-der-extremen-rechten-in-nrw/>

¹⁷ <https://duesseldorf-rechtsaussen.de/2017/04/02/d-schwache-rep-praesentation-in-ihrer-garather-hochburg/>

¹⁸ http://pro-nrw.net/pro/interview-mit-dem-pro-nrw-parteivorsitzenden-markus-beisicht-zum-ausgang-der-gestrigen-landtagswahl-im-saarland/?utm_source=dlvr.it&utm_medium=twitter

1.1.6 Alternative für Deutschland (AfD)

Für die *Alternative für Deutschland* (AfD) ist die Landtagswahl 2017 ihre erste in NRW. Die Partei wurde erst 2013 gegründet und hat sich in NRW bislang lediglich an der Kommunalwahl 2014 beteiligt, wo sie im Landesschnitt 2,6% der Stimmen holte und in eine ganze Reihe von Stadträten und Kreistagen einzog. Bei der Europawahl 2014 wurde mit Marcus Pretzell auch ein AfD-Kandidat aus NRW Mitglied des EU-Parlaments. Kurz nach der der Europawahl wurde Pretzell dann auch zum Landesvorsitzenden der AfD in NRW gewählt.

Außerhalb von NRW ist die AfD seit ihrer Gründung in bislang zwölf Landesparlamente eingezogen. Auch in NRW hat die Partei in den letzten Jahren massiv an Bedeutung gewonnen. Sie verfügt in allen fünf Regierungsbezirken des Landes flächendeckend über Kreis- und Stadtverbände und organisiert an verschiedenen Orten regelmäßig Veranstaltungen sowie Kundgebungen und Demonstrationen.

Die bundesweit existenten parteiinternen Lagerbildungen und Spannungen in der AfD sind auch im Landesverband NRW deutlich zu beobachten. An die Öffentlichkeit gedrungen sind diese Spannungen unter anderem durch die Veröffentlichung geheimer Chat-Protokolle durch das Magazin „Stern“. Im Verlauf eines Parteitages der AfD im September 2016, auf dem die Kandidatenaufstellung für die Landtagswahl erfolgte, verabredeten sich Anhänger_innen des Landesvorsitzenden Pretzell über das Chatprogramm WhatsApp dazu, die Abstimmungen zugunsten ihnen genehmer Kandidat_innen zu beeinflussen. Dem Kreis um Marcus Pretzell steht ein Lager um den Co-Vorsitzenden Martin Renner gegenüber. Pretzell setzt sich bundesweit gemeinsam mit seiner Ehefrau Frauke Petry für einen vermeintlich „realpolitischen“ Kurs der AfD ein und versucht, sie strategisch von AfD-Rechtsaußen wie Björn Höcke abzusetzen. Renner hingegen wird zum Rechtsaußen-Flügel der Partei gezählt – er distanziert sich etwa bewusst nicht von den Äußerungen Höckes zum Holocaust-Mahnmal in Berlin¹⁹. Im Januar 2017 versuchte Pretzell, seinen Co-Vorsitzenden Renner auf einem Parteitag in Oberhausen abwählen zu lassen. Damit scheiterte er jedoch, es kam zu einer Schlammschlacht unter Ausschluss der Medienöffentlichkeit²⁰. Einen Monat später wählte die Landeswahlversammlung der NRW-AfD Renner dann auch noch zum Spitzenkandidaten für die Bundestagswahl.

Der wohl größte öffentliche Erfolg der AfD in NRW im vergangenen Jahr war der Beitritt des ehemaligen SPD-Lokalpolitikers Guido Reil aus Essen. Reil hatte die SPD nach Äußerungen über die angeblich gescheiterte Integration von Migrant_innen und Flüchtlingen im Essener Norden verlassen und ist kurz darauf der AfD beigetreten. Für die AfD, die gerade im Ruhrgebiet um die Stimmen der historischen SPD-Wähler_innenschaft buhlt, ist das ein großer Gewinn. Reil ist Bergmann und langjähriger Gewerkschafter. Ihm fällt es leicht, sich der „Arbeiterschaft“ als „einer von ihnen“ zu präsentieren. Reil begann nach seinem

¹⁹ <http://www.tagesspiegel.de/politik/pretzell-gegner-nrw-afd-waehlt-martin-renner-zum-bundestagswahl-spitzenkandidaten/19443192.html>

²⁰ <http://www.general-anzeiger-bonn.de/news/politik/nrw/Schlammschlacht-bei-der-AfD-article3461706.html>

Parteibeitritt mit dem Aufbau eines Landesverbandes der „*Alternativen Vereinigung der Arbeitnehmer*“ (AVA) als „Arbeiterflügel“ der AfD²¹. Insgesamt ist das Engagement Reils das wohl erfolgreichste Mittel der AfD in NRW, um sich einen sozialen Anstrich zu geben.

Die AfD hat nach Eigenangaben etwa 4.500 Mitglieder in NRW²².

²¹ <https://correctiv.org/recherchen/neue-rechte/artikel/2016/09/11/der-arbeiterpakt-der-afd/>

²² <http://www.bpb.de/politik/wahlen/wer-steht-zur-wahl/nordrhein-westfalen-2017/246045/afd>

2 Wahlkampf rechtspopulistischer und extrem rechter Parteien zur Landtagswahl 2017

Im folgenden Abschnitt wird beispielhaft der Wahlkampf der Parteien NPD und *DIE RECHTE* als in NRW aktive neonazistische Parteien, sowie der AfD als neuer Größe im rechten Parteienspektrum analysiert.

2.1 Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD)

Die NPD war im diesjährigen Landtagswahlkampf auf unterschiedlichen Ebenen präsent. Dabei kamen sowohl klassische Plakate und ein Fernseh-Wahlwerbespot als auch verschiedene Formen von Demonstrationen und Kundgebungen zur Anwendung. Auch in den sozialen Medien betrieb die Partei Wahlkampf.

2.1.1 Plakate

Die Auswahl der Plakat-Themen der NPD ist wenig überraschend. Der Landesverband hat zwei eigene Plakatmotive zur Landtagswahl entworfen. Auf einem ist die Parole „Ja zu Volk & Heimat“ vor einer wehenden Deutschlandfahne zu lesen. Auf dem anderen ist eine junge Frau abgebildet. Darüber stehen die Slogans „Unsere Frauen sind kein Freiwild“ und „Asylterroristen abschieben!“ Mit dem positiven Bezug auf die Begriffe Volk und Heimat und der Bezugnahme auf das Narrativ der angeblichen „asylsuchenden Sexualstraftäter“ bleibt sich die NPD inhaltlich treu. Neben diesen beiden eigenen Plakaten verwendete die NPD außerdem Plakate des Bundesverbandes mit Aufschriften wie „Wir sind nicht das Sozialamt der Welt“, „Deutsche wehrt euch!“, „Masseneinwanderung stoppen“ oder „Geld für die Oma statt für Sinti & Roma“.

Die NPD konnte aufgrund ihrer finanziellen und personellen Schwäche dabei nicht annähernd flächendeckend in ganz NRW plakatieren, sondern musste sich auf ausgewählte Orte wie Bochum und Duisburg beschränken.

2.1.2 Fernseh-Wahlwerbespot

Der Wahlwerbespot der NPD wirkt in erster Linie recht unprofessionell produziert. In dem Video stehen der Landesvorsitzende Claus Cremer und eine junge Frau vor montierten Videoaufnahmen, die unter anderem mutmaßliche Flüchtlinge und einen Polizeieinsatz vor dem Kölner Dom zeigen. Inhaltlich stellt der Spot einen Zusammenhang von Staatsverschuldung, „sozialem Niedergang“, Sexualstraftaten und dem Zuzug von Flüchtlingen her. Weiterhin wird eine angebliche „Islamisierung“ kritisiert und die „sofortige Abschiebung aller kriminellen Ausländer und Scheinasylanten“ gefordert. Der Spot knüpft dadurch an aktuelle gesellschaftliche Diskurse an, die Kriminalität und soziale Missstände mit Flucht und Migration verknüpfen. Weiterhin wird eine Förderung „deutscher Familien“ und ein „Begrüßungsgeld in Höhe von

2.500€ für jedes deutsche Kind“ gefordert.²³ Neben den beiden Ausstrahlungsterminen im WDR nutzte die NPD den Spot auch zur Wahlwerbung im Internet.

2.1.3 Wahlkampf in den Sozialen Medien

Die nordrhein-westfälische NPD nutzt vor allem Facebook für ihren Wahlkampf im Netz. Der Landesverband hat dort eine auch im Vergleich mit anderen Parteien beachtliche Reichweite mit fast 9.000 „Gefällt mir“-Angaben²⁴ und veröffentlicht zum einen Fotos und Videos von eigenen Kundgebungen und Aktionen, zum anderen speziell für das soziale Netzwerk erstellte Grafiken. Auf diesen sogenannten Sharepics stehen zum Beispiel Parolen wie „Sozial geht nur national“, „Asylbetrug stoppen“, oder „Ihr habt die Wahl: Nation oder Islam“. Durch das Teilen der Bilder durch „Fans“ erreichen die Beiträge teilweise eine recht große Reichweite.

2.1.4 Kundgebungen und Demonstrationen

Die NPD führte sowohl eine langfristig beworbene Demonstration als auch mehrere kleine Kundgebungen in verschiedenen Städten durch.

Am 1. Mai demonstrierte die NPD mit 130 Teilnehmer_innen in Essen. Hier sprachen der NPD-Landesvorsitzende Claus Cremer, Ricarda Riefling vom „Ring nationaler Frauen“ und Sebastian Schmidtke, der „Bundesorganisationsleiter“ der NPD aus Berlin.

Später am selben Tag fand außerdem eine Demonstration der Partei *DIE RECHTE* in Dortmund statt, bei der viele der NPD-Demonstrationsteilnehmer_innen ebenfalls mitliefen, darunter auch Cremer.

Wie bereits bei Wahlen in der Vergangenheit tourte die NPD außerdem an mehreren Tagen mit einem von ihnen als „Flaggschiff“ bezeichneten und mit Werbeplakaten behängten LKW durch verschiedene Orte in NRW. Dabei spielte die Partei zum einen bei der Fahrt durch Wohnsiedlungen ihren Werbespot ab. Zum anderen führte sie in mehreren Städten wie Bochum, Duisburg, Mülheim an der Ruhr oder Kamp Lintfort kleine Wahlkampfkundgebungen durch.

2.2 DIE RECHTE

Auch *DIE RECHTE* war im Landtagswahlkampf 2017 präsent, wenn auch noch stärker punktuell als die NPD. Neben Wahlplakaten und einem Fernseh-Wahlwerbespot führte die neonazistische Kleinpartei dabei vor allem eine Demonstration und mehrere kleinere Kundgebungen in Dortmund durch. Der Wahlkampf der Partei war beinahe ausschließlich auf Dortmund fokussiert. Inhaltlich machte *DIE RECHTE* dabei keinen Hehl aus ihrer engen Anlehnung an den historischen Nationalsozialismus. Sein Wahlprogramm betitelte der Landesverband beispielsweise als „25-Punkte-Programm“ in Anspielung auf das gleichnamige Parteiprogramm der NSDAP.

²³ <http://npd.nrw/blog/2017/04/19/npd-wahlwerbespot-zur-landtagswahl-2017-in-nordrhein-westfalen/>

²⁴ Zum Vergleich die Zahlen der „Gefällt mir“-Zahlen der jeweiligen Landesverbände der Parteien: CDU ca. 12.500, SPD ca. 12.750, Bündnis 90/Die Grünen ca. 25.500, FDP NRW ca. 28.350 (Stand: 15.5.2017)

2.2.1 Plakate

Wahlplakate der Partei *DIE RECHTE* waren fast nur in Dortmund und auch dort lediglich in wenigen Stadtteilen zu finden. Der Schwerpunkt der Plakatierung war dabei der Stadtteil Dorstfeld.

DIE RECHTE druckte zur Landtagswahl gleich mehrere Plakatmotive. Die meisten der Plakate sind in einem einheitlichen und recht einfachen rot-weiß-schwarzen Design gehalten. Auf ihnen stehen in großen Lettern Parolen wie „Kriminalität bekämpfen! Sicherheit, Recht und Ordnung durchsetzen!“, „Stoppt die Einwanderung aus Osteuropa! Wir sind nicht das Sozialamt der Welt!“, „Sozialabbau stoppen! Arbeitsplätze und gerechte Löhne für alle Deutschen!“ oder „Asylheime dichtmachen! Asylbetrug konsequent verfolgen!“.

Drei Motive wichen hiervon jedoch sowohl optisch, als auch inhaltlich stark ab. Ein Plakat, das bereits im Kommunalwahlkampf 2014 verwendet wurde, zeigt in großen roten und gelben Lettern die zweideutige Aufschrift „Wir hängen nicht nur Plakate!“.²⁵ Auf einem weiteren Plakat machten die Neonazis keine Werbung für die Landtagswahl, sondern für ihre Demonstration am 1. Mai in Dortmund. Ein drittes Plakat schließlich zeigte groß die Worte „NAZI KIEZ“. Die Stadt Dortmund verfügte nach einigen Beschwerden aus der Bevölkerung, dass *DIE RECHTE* die im Stadtteil Dorstfeld angebrachten „NAZI KIEZ“-Plakate entfernen muss. Die Stadtverwaltung sah in den Plakaten keine legitime Wahlwerbung. Die Kleinpartei klagte jedoch gegen diese Verfügung und bekam vom Verwaltungsgericht Gelsenkirchen in einem Eilverfahren recht. Die Plakate durften somit hängen bleiben²⁶.

2.2.2 Fernseh-Wahlwerbespot

Der Wahlwerbespot von *DIE RECHTE* beginnt mit Aufnahmen von Neonazi-Demonstrationen. Parolen wie „Deutschland den Deutschen, Ausländer raus“ sind dabei deutlich zu hören. Mit spannungserzeugender Musik hinterlegt sprechen im Folgenden die Dortmunder *DIE RECHTE*-Kandidaten Michael Brück, Christoph Drewer, Matthias Drewer und Matthias Deyda sowie der Bielefelder Sascha Krolzig in die Kamera. Sie stehen dabei vor einem rechtsextremen Graffiti in Dortmund-Dorstfeld, äußern klassische völkisch-rassistische Parolen und rufen unter anderem dazu auf, sich „unser Land zurückzuholen“. Auch ein „Ende der Homo-Propaganda“ und „Umweltschutz als Heimatschutz“ werden gefordert. Inhalte und Rhetorik entsprechen denen einer klassischen Neonazi-Organisation. Neben den beiden Ausstrahlungsterminen im WDR nutzte *DIE RECHTE* den Spot auch zur Wahlwerbung im Internet.

²⁵ <https://www.wa.de/hamm/schulfrieden-gestoert-front-gegen-plakate-rechte-hamm-schulen-aktionen-aufgerufen-3535477.html>

²⁶ <http://www.ruhrnachrichten.de/staedte/dortmund/44137-Dortmund-~/Verwaltungsgericht-Gelsenkirchen-Nazi-Plakate-duerfen-haengen-bleiben:art930,3269910>

2.2.3 Wahlkampf in den Sozialen Medien

Ein groß angelegter Wahlkampf von *DIE RECHTE* in den Sozialen Medien fand nicht statt. Das liegt vor allem daran, dass im Januar 2016 die Facebook-Seite der Partei gelöscht wurde. Es existieren weiterhin Accounts einiger Landesverbände und lokaler Gruppierungen der Partei bei Twitter. Von der massenwirksamen Verbreitung von Wahlwerbung durch eine eigene Präsenz bei Facebook ist *DIE RECHTE* jedoch abgeschnitten. Der Dortmunder Landtagskandidat Michael Brück nutzte allerdings seine eigene öffentliche Facebook-Seite zur Wahlwerbung.

2.2.4 Kundgebungen und Demonstrationen

DIE RECHTE führte am 1. Mai in Dortmund eine langfristig beworbene Demonstration im Anschluss an die zuvor in Essen stattfindende Demonstration der NPD durch. Statt der im Vorfeld angemeldeten 300-400 Personen nahmen lediglich 240 Personen an der Demonstration teil, die durch den westlichen Dortmunder Stadtbezirk Lütgendortmund verlief. Im Vorfeld der Demonstration wurde an der Aufzugstrecke und in den angrenzenden Nachbarschaften eine Vielzahl von *DIE RECHTE*-Wahlplakaten aufgehängt. Die Versammlung stand offiziell unter dem Motto „Heraus zum Tag der Arbeit – Am 1. Mai auf die Straße – am 17. Mai in den Landtag“ [sic!] Neben den *DIE RECHTE*-Landtagskandidaten Michael Brück und Sascha Krolzig sprachen auf der Demonstration auch NPD-„Bundesorganisationsleiter“ Sebastian Schmidke und NPD-Bundesvorstandsmitglied Thorsten Heise. In mehreren Redebeiträgen bezogen sich die Redner positiv auf den historischen Nationalsozialismus und verklärten den Tag der Arbeit zur Errungenschaft der Nationalsozialisten. Auf der Demonstration wurde weiterhin ein Transparent mit der Aufschrift „Mit Kraft durch Freude gegen Kraft und Freunde“ präsentiert.

2.3 Alternative für Deutschland (AfD)

Als einzige Partei des rechten Parteienspektrums führte die AfD einen wirklich flächendeckenden Landtagswahlkampf in NRW. In weiten Teilen des Landes wurden Wahlplakate aufgehängt, es fand eine Vielzahl von Kundgebungen und Veranstaltungen in verschiedenen Städten statt und der Wahlkampf der AfD in den Sozialen Medien spielte eine große Rolle.

2.3.1 Plakate

Die AfD plakatierte in weiten Teilen des Bundeslandes und verwendete dabei eine Vielzahl verschiedener Plakate. Die Plakate folgen einem durchgängigen Design und werben durchgehend mit dem Slogan „Unser Programm heißt Realität“. Ansonsten variieren die Motive stark: Darunter sind sowohl Portraits von Marcus Pretzell und Guido Reil als auch themenzentrierte Plakate. Auf einem Plakat mit einem Foto Reils steht der Slogan „Vertritt die Interessen der kleinen Leute, statt sie zu verraten. 26 Jahre SPD, jetzt bei uns.“

Weitere Plakate zeigen etwa eine Pfandsammlerin, die eine Flasche aus einer Mülltonne zieht mit dem Slogan „Die Früchte eines arbeitsreichen Lebens.“, eine Fotomontage von Schnecken auf einer Straße mit

der Aufschrift „Im Schneckentempo durch NRW. Deutschlands Stauland Nr. 1“ oder ein Foto von drei Frauen im Niqab, darüber die Aufschrift „Integration sieht anders aus“. Im Gegensatz zu den rechtsextremen Parteien zeigen die Wahlplakate der AfD zur Landtagswahl eine größere Themenvielfalt und einen deutlich höheren Grad an werblicher Professionalität. Bewusst spielt die Partei zudem mit den Erwartungen und der Kritik an ihrem Auftreten, wenn sie mit dem Slogan „Mehr Populismus“ direkte Demokratie fordert.

Neben den üblichen Wahlplakaten mietete die AfD teilweise auch kommerzielle Werbeflächen zur Plakatierung an. So waren beispielsweise in Köln schon vor dem offiziellen Beginn der Wahlkampfplakatierung großflächige Plakate der AfD zu sehen.²⁷

2.3.2 Fernseh-Wahlwerbespot

Der Wahlwerbespot der AfD zur Landtagswahl ist professionell produziert. In dem Spot ist die meiste Zeit vor allem Spitzenkandidat Marcus Pretzell zu sehen, der zu den Zuschauer_innen spricht. Er beginnt mit den Worten „so geht es nicht weiter, es muss alles anders“ und betont im Folgenden, dass die AfD „im Unterschied zu den Altparteien“ wirklich etwas verändern wolle und „in der Realität unterwegs“ sei. Auch Guido Reil tritt in dem Spot auf und sagt: „Wir haben Milliarden für Migranten, aber für unsere eigenen Leute war nie Geld da. Ist das sozial gerecht?“ Die übergeordnete Botschaft des Wahlwerbespots: „Die Zustände in NRW werden immer schlimmer und nur die AfD vertritt die Bürger wirklich.“ Neben den Ausstrahlungsterminen im WDR nutzte die AfD den Spot auch zur Wahlwerbung im Internet.

2.3.3 Wahlkampf in den Sozialen Medien

Die Sozialen Medien, insbesondere Facebook, haben für die AfD im Landtagswahlkampf eine bedeutende Rolle gespielt. Auf Facebook hat die nordrhein-westfälische AfD eine enorme Reichweite. Ihre Facebook-Seite hat mehr als 42.000 „Gefällt-Mir“-Angaben – und damit knapp so viele wie die Landesverbände von CDU und SPD zusammen²⁸.

Diese große Reichweite nutzte die Partei im Wahlkampf und veröffentlichte in den Wochen vor der Wahl mehrfach täglich neue Postings. Zum Teil reagierte die AfD damit auf aktuelle politische Entwicklungen und Diskussionsthemen. Zum Teil bereitete sie auch Versatzstücke aus ihrem Wahlprogramm Social-Media-gerecht auf. Insgesamt wurde für die Verwendung auf Facebook eine Vielzahl professioneller Grafiken und sogenannter Sharepics gestaltet. Diese Postings wurden mitunter mehrere hundert Mal geteilt.

2.3.4 Kundgebungen und Demonstrationen

Die AfD begann ihren Landtagswahlkampf am 8. April öffentlichkeitswirksam, aber weit unter den eigenen Erwartungen, mit einer Auftaktkundgebung im Essener Stadtteil Altenessen. Dort traten vor etwa 300

²⁷ <http://www.rp-online.de/nrw/staedte/koeln/koeln-erlaubt-afd-umstrittene-plakate-jetzt-doch-aid-1.6701483>

²⁸ Vgl. FN 24

Menschen der AfD-Landesvorsitzende Marcus Pretzell, die beiden AfD-Bundessprecher_innen Frauke Petry und Jörg Meuthen, sowie der Essener Landtagskandidat Guido Reil auf. Ursprünglich hatte die Partei 1.000 Teilnehmer_innen erwartet. Die Kundgebung wurde von einem musikalischen Live-Programm mehrerer Schlagersänger begleitet. Guido Reil fuhr mit seinem Wahlkampfmobil, einem Bulli mit der Aufschrift „Der Steiger kommt“, auf dem Kundgebungsplatz vor. In seiner Rede inszenierte er sich als Bergmann und Gewerkschafter, der für die „einfachen Leute“ kämpft.

Am 28. April, bei einer Wahlkampfkundgebung in Düsseldorf, sprachen Marcus Pretzell und Frauke Petry vor nur 100 Veranstaltungsteilnehmern und etwa 500 Gegendemonstranten²⁹. Eine ursprünglich für den 1. Mai angekündigte Kundgebung der AfD-Arbeitnehmerorganisation AVA in der Landeshauptstadt sagte die Partei wenige Tage vorher ab. Zur Begründung wurden die Eindrücke der massiven Proteste gegen den AfD-Bundesparteitag in Köln zuvor genannt. Einen solch großen Aufwand wolle man der Polizei nicht erneut zumuten.³⁰

Am 12. Mai fand in der Fußgängerzone von Gelsenkirchen-Buer zudem eine als „Wahlkampfabschlusskundgebung“ angekündigte Veranstaltung mit etwa 200 Teilnehmer_innen statt. Dort sollten ursprünglich auch Frauke Petry und Marcus Pretzell auftreten, sie tauchten jedoch nicht auf. Stattdessen sprachen dort Guido Reil und der Gelsenkirchener Kandidat Jan Preuß. Gleichzeitig demonstrierten rund 500 Menschen gegen die Kundgebung.³¹

Darüber hinaus führte die AfD in den Wochen vor der Landtagswahl mehrere Wahlkampfveranstaltungen in geschlossenen Räumen in verschiedenen Städten in NRW durch. Dabei sprachen unter anderem Guido Reil, Marcus Pretzell und Martin Renner sowie als Gäste von außerhalb Frauke Petry, Alice Weidel und Uwe Junge. Erwähnenswert ist hierbei ein gemeinsamer Wahlkampfauftritt von Pretzell und Renner am 3. Mai in Siegen unter dem Titel „Einigkeit für NRW“. Obwohl sie nach wie vor als politisch höchst zerstritten und als parteiinterne Rivalen gelten, versuchten sie kurz vor der Landtagswahl doch, das Bild einer geeinten Landespartei zu verbreiten.

2.3.5 Wahlkampfunterstützung von außen

Wie bereits zuvor in anderen Landtagswahlkämpfen erhielt die AfD auch in NRW gewichtige Schützenhilfe durch den „Verein zur Erhaltung der Rechtsstaatlichkeit und der bürgerlichen Freiheiten“. Der Verein rund um das ehemalige CSU-Mitglied David Bendels gab auch im nordrhein-westfälischen Landtagswahlkampf erneut eine Zeitung mit dem Namen „Extrablatt“ heraus, die kostenlos an Haushalte verteilt wurde. In dem

²⁹ <http://www.rp-online.de/nrw/staedte/duesseldorf/blaulicht/afd-kundgebung-in-duesseldorf-mit-petry-und-pretzell-gegendemonstrationen-aid-1.6782853>

³⁰ <http://www.rp-online.de/nrw/staedte/duesseldorf/duesseldorf-afd-sagt-kundgebung-am-1-mai-2017-ab-aid-1.6777305>

³¹ <https://www.waz.de/staedte/gelsenkirchen/hunderte-demonstrieren-bei-der-afd-kundgebung-in-buer-id210556867.html>

Blatt im Stil einer Boulevardzeitung wird Stimmung gegen die „etablierten Parteien“ gemacht und deutlich zur Wahl der AfD aufgerufen.³² Bereits in der Vergangenheit kam die Frage nach einer Verbindung zwischen dem Verein und der AfD auf – und damit der Verdacht einer verdeckten Parteienfinanzierung. Die AfD bestreitet jedoch jegliche Verbindung zum Verein. Neben der Verteilung des „Extrablatts“ unterstützte der Verein den AfD-Wahlkampf auch mit großflächigen Plakaten, für die Plakatflächen eines kommerziellen Anbieters gemietet wurden. Auf diesen Plakaten wird beispielsweise davor gewarnt, Angela Merkel wolle das Bargeld abschaffen und es wird die Terrorangst der Bevölkerung angesprochen. Auf der Unterseite der Plakate steht jeweils auf hellblauem Grund, der an die offiziellen AfD-Plakate erinnert „Jetzt AfD wählen“.

³² <https://www.rechtundfreiheit.de/extrablatt/>

3 Überblick über das Ergebnis der Landtagswahl

3.1 Gesamtergebnis

Für eine bessere Übersichtlichkeit hier dargestellt für die in den Landtag eingezogenen und die extrem rechten Parteien, Gesamtergebnis siehe:

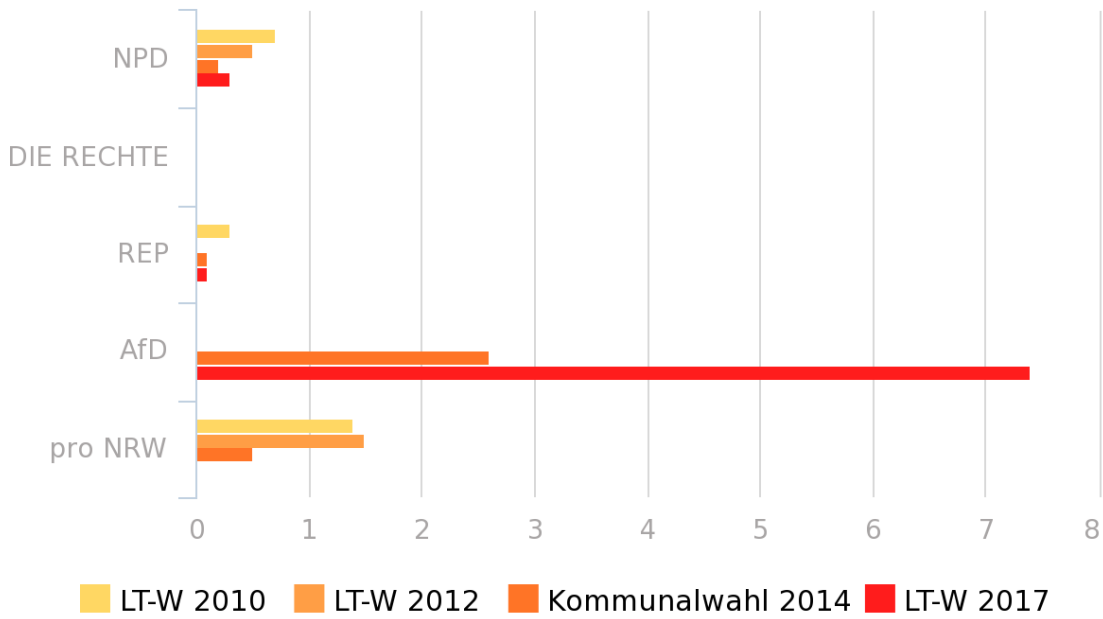
<https://www.wahlergebnisse.nrw.de/landtagswahlen/2017/aktuell/a000lw1700.shtml>

	Landtagswahl am 14.05.2017				Landtagswahl am 13.05.2012			
	Erststimmen		Zweitstimmen		Erststimmen		Zweitstimmen	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
Gült. Stimmen	8.455.931	100	8.487.373	100	7.780.610	100	7.793.995	100
CDU	3.242.495	38,3	2.797.084	33,0	2.545.309	32,7	2.050.321	26,3
SPD	2.919.613	34,5	2.649.513	31,2	3.290.561	42,3	3.049.983	39,1
FDP	723.866	8,6	1.065.209	12,6	372.727	4,8	670.082	8,6
GRÜNE	509.648	6,0	539.059	6,4	723.581	9,3	884.298	11,3
AfD	460.450	5,4	624.552	7,4	—	—	—	—
NPD	—	—	28.933	0,3	—	—	40.007	0,5
REP	1.261	0	6.586	0,1	—	—	—	—
DIE RECHTE	1.988	0	3.618	0	—	—	—	—

Quelle: Landeswahlleiter des Landes NRW

3.2 Ergebnis rechtspopulistischer und extrem rechter Parteien im Vergleich

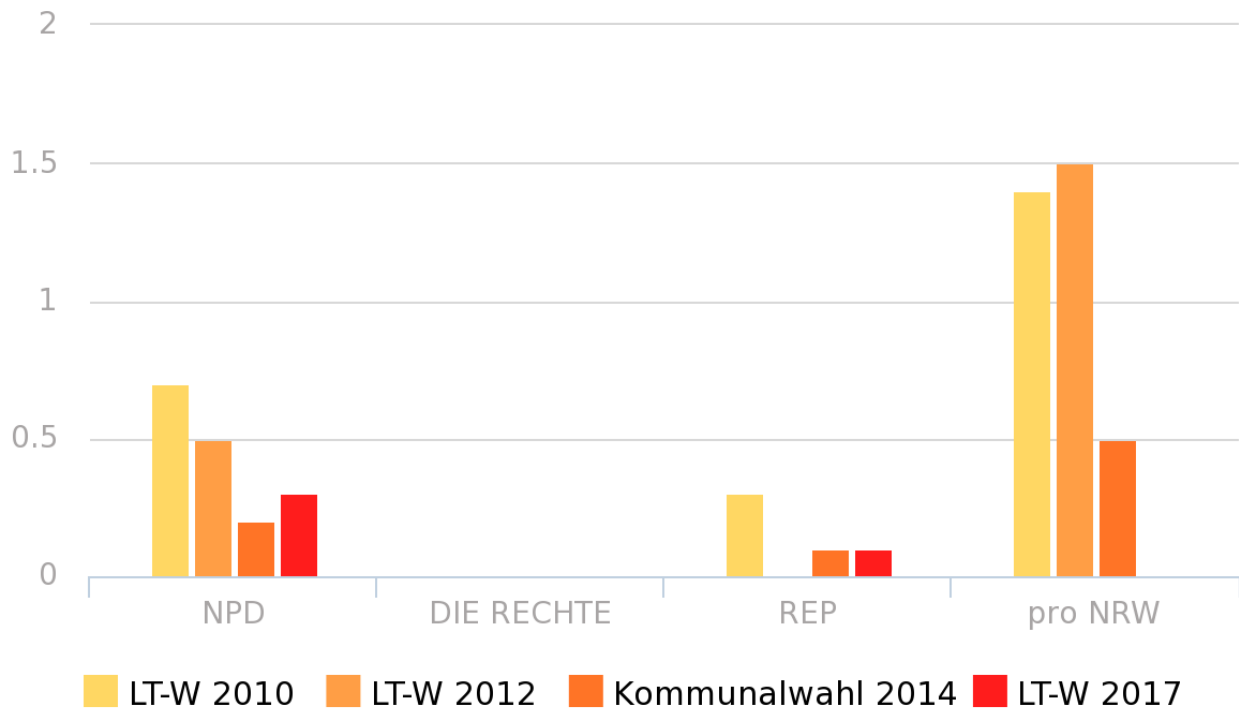
Quelle: Landeswahlleiter des Landes NRW



statpedia.com

Zur besseren Veranschaulichung: Die Ergebnisse der extrem rechten Parteien (ohne AfD):

Quelle: Landeswahlleiter des Landes NRW



statpedia.com

3.3 Bedeutung der Wahlergebnisse rechtspopulistischer und extrem rechter Parteien

Bei der Landtagswahl haben sowohl die NPD als auch die REP ihr Ergebnis im Vergleich zu den beiden vorangegangenen Landtagswahlen erneut verschlechtert. Die NPD ist mit 0,3% der Stimmen vollends in der politischen Bedeutungslosigkeit angekommen, wird aber damit noch immer von knapp 29.000 Menschen in NRW gewählt. Noch bedeutungsloser sind dabei die REP, die auf lediglich 0,1% der Stimmen kommen, das entspricht gut 6.500 Wähler_innen. *DIE RECHTE* liegt im Landesschnitt sogar nur bei 0,0%. Lediglich in Teilen von Dortmund schaffte es die Kleinpartei zu einem gewissen „Erfolg“: Im Wahlkreis Dortmund I holte sie 0,7% der Zweitstimmen. Im Wahlkreis Dortmund II erhielt der Direktkandidat Siegfried Borchardt sogar 2% der Erststimmen. Insgesamt wählten die Partei gut 3.600 Personen. In ganzen Zahlen wählten damit in Nordrhein-Westfalen gut 39.000 Personen extrem rechte Parteien.

In einer völlig anderen Kategorie bewegt sich, wie zu erwarten war, die AfD. Die Partei bleibt mit 7,4% jedoch deutlich hinter dem von der Partei ursprünglich angepeilten zweistelligen Wahlergebnis zurück. Für die NRW-AfD ist das Ergebnis zwar solide. Ein deutlich höheres Ergebnis hätte AfD-Landeschef Pretzell jedoch eine breitere Machtbasis innerhalb der Partei gesichert. An den Machtstrukturen innerhalb der Partei wird sich durch dieses Wahlergebnis nun vermutlich nichts verändern.

Laut Wähler_innenbefragungen der Infratest dimap für die ARD rekrutierte die AfD ihre Wähler_innen vor allem aus den Lagern von SPD (9,5%) und CDU (7,9%), aber auch die FDP (4,8%), die Grünen (1,6%) und die Linken (1,6%) gaben Stimmen ab. Weitere 3,2% der AfD-Wähler waren Erstwähler, 4,8% nach NRW Zugezogene und 19% waren vorher Nichtwähler.³³

Knapp 50 Prozent der AfD-Wähler_innen hatten zuvor „sonstige“ Parteien gewählt – darunter sicherlich Wähler_innen der nicht erneut angetretenen Partei *pro NRW*. Bei der Landtagswahl 2012 erreichte die Partei noch 1,5% der Stimmen. Auch ehemalige Wähler_innen der NPD und REP werden vermutlich mit darunter sein. Für die kleinen rechten und rechtsextremen Parteien bedeutet der Aufschwung der AfD offenbar eine weitere Schwächung.

³³ <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/nrw-wahl-daten-analyse-cdu-mobilisiert-nichtwaehler-spd-sackt-bei-alten-ab-a-1147653.html>

4 Regionale Analyse I: Regierungsbezirk Arnsberg

4.1 Ausgangslage

Im Regierungsbezirk Arnsberg traten im Vorlauf zur Landtagswahl aus dem extrem rechten und rechtspopulistischen Parteienspektrum vor allem die *Alternative für Deutschland* sowie – schwerpunktmäßig in der Stadt Dortmund – die Partei *Die Rechte* in Erscheinung. Die *Nationaldemokratische Partei Deutschlands* (NPD) und *Die Republikaner* (REP) verloren in Anbetracht des Wahlkampfes und der Wahlergebnisse weiter, obwohl sie bereits zuvor kaum noch relevant waren.. Aus dem neonazistischen Spektrum stellte nur *Die Rechte* vier Direktkandidaten in den Wahlbezirken der Stadt Dortmund.

4.2 Wahlkampf

4.2.1 Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD)

Der Wahlkampf der NPD beschränkte sich im Regierungsbezirk Arnsberg auf Plakatierungen in vereinzelt Städten und Kreisen sowie auf das Verteilen von Flugblättern. In ihren Aussagen nahm die NPD Bezug zur Kölner Silvesternacht und plakatierte neben „Ja zu Volk & Heimat“ auch „Unsere Frauen sind kein Freiwild – Asylterroristen abschieben!“. Einzig in der Innenstadt von Bochum organisierte sie am 6. Mai eine Wahlkampfveranstaltung. Mit einem bedruckten LKW („Das Boot ist voll! – Asylbetrug macht uns arm!“) als Requisite und dem Landesvorsitzenden Claus Cremer als Redner fand dort eine Kundgebung vor einer Handvoll Anhänger_innen statt.

4.2.2 DIE RECHTE

DIE RECHTE plakatierte schwerpunktmäßig in der Stadt Dortmund, im dortigen Stadtteil Dorstfeld sowie vereinzelt in Hamm. Das Motiv „Wir hängen nicht nur Plakate!“ fiel hierbei ebenso auf, wie das „NAZI KIEZ“-Plakat, das vor allem in Dorstfeld plakatiert und zwischenzeitlich von der Stadtverwaltung verboten wurde. Bestandteil des Wahlkampfes war auch die gezielte Verteilung von Flugblättern auf SPD-Veranstaltungen, so geschehen am 27. April 2017 in Dortmund-Eving und am 7. Mai 2017 in Dorstfeld. Ferner absolvierte sie eigene Kundgebungen in den Stadtteilen Westerfilde (28. April 2017) und Innenstadt-Nord (30. Mai 2017), die von circa 20 beziehungsweise 25 Teilnehmenden besucht wurden.

4.2.3 Die Republikaner (REP)

Die Republikaner führten zwei Kundgebungen in Bochum (4. Februar 2017) und Dortmund (8. Mai 2017) mit ihrem Spitzenkandidaten André Maniera durch. Beide Veranstaltungen verdeutlichen die seit jeher bestehende Strukturschwäche der Republikaner im Regierungsbezirk Arnsberg, waren sie doch mit zehn beziehungsweise zwei Teilnehmenden sehr dürftig besucht. Über den Wirkungsbereich der beiden einzigen Stadtverbände Bochum und Dortmund hinaus waren dementsprechend auch keine Wahlkampfaktivitäten zu verzeichnen.

4.2.4 Alternative für Deutschland (AfD)

Die AfD führte einen sehr offensiven Wahlkampf, der sich über den gesamten Regierungsbezirk erstreckte. Vor allem mit Blick auf die bloße Anzahl an Wahlkampfständen und Plakatierungen in der Fläche überragt sie die anderen rechten Parteien deutlich. Dies bestätigt - genauso wie die nahezu flächendeckende Aufstellung von Direktkandidat_innen -, dass die rechtspopulistische Partei mittlerweile in den meisten Städten und Kreisen über halbwegs handlungs- und mobilisierungsfähige Strukturen verfügt. Sie führte in nahezu allen Regionen des Regierungsbezirks Wahlstände durch. Neben der umfassenden Laternenplakatierung wurden in den Großstädten zudem große, beleuchtete Werbetafeln angemietet. Auch die Parteiprominenz wurde für den Wahlkampf eingespannt. Am 8. April 2017 lud der Soester Kreisverband zum „Wahlkampfauftakt“ mit Frauke Petry und Marcus Pretzell in den „Blauen Saal“ des örtlichen Rathauses. Den „Wahlkampfabschluss“ organisierte dann der Kreisverband Unna, der am 13. Mai 2017, dem Vorabend der Wahl, in Kamen eine Veranstaltung mit Jörg Meuthen, Martin Renner und Gudio Reil ausrichtete. Auffällig am Wahlkampf der AfD im Regierungsbezirk Arnsberg war zudem die durchgehende Unterstützung in zahlreichen Kreisverbänden für den Partei-Rechtsaußen Björn Höcke, dem in den Monaten vor der Wahl zeitweilig ein Parteiausschlussverfahren gedroht hatte.

4.3 Ausgang

4.3.1 Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD)

Die NPD trat in keinem Wahlbezirk des Regierungsbezirks Arnsberg mit Direktkandidat_innen an. Auch in den Bezirken der Stadt Bochum, wo im Ortsteil Wattenscheid die Parteizentrale des Landesverbandes angesiedelt ist, war die NPD nur über die Zweitstimme wählbar. Der negative Landestrend der NPD wird auch im Regierungsbezirk Arnsberg deutlich. Die neonazistische Partei verlor im Vergleich zur Landtagswahl 2012 in den Wahlbezirken des östlichen Ruhrgebiets (Bochum, Dortmund, Herne, Hamm, Kreis Unna) zwischen 20 und 30 Prozent ihrer Stimmen. Im Kreis Soest, im Märkischen Kreis, im Hochsauerlandkreis sowie im Kreis Siegen-Wittgenstein betrug der Stimmenverlust sogar annähernd 50 Prozent. Vor allem in Dortmund verlor die NPD zudem Stimmen an *DIE RECHTE*: In den Wahlbezirken Dortmund I und II holte sie weniger Stimmen als die Kleinstpartei. Die personelle Verwurzelung von *DIE RECHTE* in der aktiven Dortmunder Neonazi-Szene bedingt ihr deutlich höheres Mobilisierungspotential, was sich nicht zuletzt in einem aggressiver und sichtbarer geführten Wahlkampf ausdrückte. Zudem sind spätestens mit der Bildung einer gemeinsamen Ratsgruppe der beiden Vertreter im Dortmunder Stadtrat, Michael Brück (*DIE RECHTE*) und Axel Thieme (NPD), zumindest in Dortmund die letzten inhaltlichen Konturen der NPD verwischt. Der Wahlkampflogan ‚Wer Dortmund will, wählt NPD‘ spricht somit nur noch auf einen Teil des neonazistischen Spektrums vor Ort an.

4.3.2 DIE RECHTE

Die Partei *DIE RECHTE* trat im Regierungsbezirk Arnsberg mit vier Direktkandidaten an, die sich ausschließlich auf die Wahlbezirke der Stadt Dortmund verteilten. Neben Michael Brück (Dortmund I), Mitglied des Dortmunder Stadtrates, und Siegfried Borchardt (Dortmund II), Mitglied der Bezirksvertretung Innenstadt-Nord, stellten sich Matthias Deyda (Dortmund III) und Andre Hülsmann (Dortmund IV) zur Wahl. Den sichtbarsten Erfolg konnte hierbei Borchardt erlangen, der im Wahlbezirk Dortmund II 1.020 Stimmen (2 Prozent) erhielt. Damit erhielt er absolut mehr Stimmen als seine drei Mitstreiter zusammen. Brück stand unter anderem im stark von der neonazistischen Szene geprägten Stadtteil Dorstfeld zur Wahl und erhielt im Wahlbezirk Dortmund I insgesamt 415 Stimmen (0,8 Prozent). Mit Blick auf die Zweitstimmen blieb *DIE RECHTE* allerdings auch in Dortmund konstant unter einem Prozent. In den anderen Wahlbezirken des Regierungsbezirks tendierte ihr Anteil der Zweitstimmen gegen Null, mit absoluten Stimmwerten im niedrigen zweistelligen Bereich. Außerhalb ihres Zentrums Dortmund kommt Die Rechte nur in einzelnen Wahlbezirken des Kreises Unna und der Städte Bochum und Hamm über 40 Stimmen und damit an die Schwelle von 0,1 Prozent.

Überlagert wurde das schwache Ergebnis der neonazistischen Partei jedoch von den Ereignissen am Wahlabend im Dortmunder Rathaus. Schon im Vorfeld der Wahl diskutierten die Dortmunder Ratsparteien über den Umgang mit einem bevorstehenden Auftritt der Neonazis auf der offiziellen Wahlparty der Stadt Dortmund. Nach der Kommunalwahl im Jahr 2014, bei der *DIE RECHTE* 1,0 Prozent der Stimmen und damit einen Sitz im Stadtrat erhielt, versuchten Anhänger_innen der neonazistischen Partei sich Zugang zur Wahlparty im Rathaus zu verschaffen. Die Vertreter_innen der anderen Dortmunder Parteien verweigerten ihnen am Eingang den Zutritt. Es kam zu körperlichen Auseinandersetzungen, die Neonazis griffen Vertreter_innen der anderen Parteien mit Fäusten, Flaschen und Pfefferspray an. In der Folge wurden gegen beide Seiten Ermittlungsverfahren eingeleitet. Daniel Grebe, für die Landtagswahl auf Landeslistenplatz 2 geführt, wurde im Dezember 2015 nicht zuletzt aufgrund seiner Beteiligung am ‚Rathaussturm‘ vom Amtsgericht Dortmund zu 22 Monaten Haft ohne Bewährung verurteilt. Mit Blick auf die Landtagswahl 2017 sollte ein vergleichbares Szenario vermieden werden. Die Ratsparteien entschieden sich deshalb für eine Art ‚friedlicher Koexistenz‘, nachdem die Option einer privaten Ausrichtung der Wahlparty – und dem damit verbundenen Hausrecht – von SPD und CDU abgelehnt wurde. Am Wahlabend des 14. Mai 2017 ergab sich so ein skurriler Anblick. Während sich die Vertreter_innen der großen Ratsparteien – *Die Linke* und *Die Piraten* waren aus Protest nicht erschienen – auf die Balkone der oberen Stockwerke zurückzogen und sich mit Bannern und ‚Bunt statt Braun‘-T-Shirts positionierten, trafen sich an die 50 Neonazis im großen und repräsentativen Eingangsbereich des Rathauses. Neben den Direktkandidaten Brück, Borchardt, Deyda und Hülsmann waren auch Hans-Jochen Voß von der NPD Unna/Hamm sowie der Oidoxie-Sänger und Combat 18-Akteur Marko Gottschalk erschienen. Die anwesenden Neonazis trugen ihre Gesinnung bei Kaltgetränken offen zur Schau - ‚HKNKRZ‘ und ‚88 - Fight

for your right‘ stand auf zwei T-Shirts, Neonazis fotografierten Parteivertreter_innen des symbolischen Protests. Trotz schwacher Wahlergebnisse stehen die Neonazis so wieder im Fokus des Dortmunder Wahlabends.

4.3.3 Die Republikaner (REP)

Der seit mehreren Jahren zu verzeichnende Niedergang der *Republikaner* auf Bundes- und Landesebene spiegelt sich auch in den Wahlergebnissen im Regierungsbezirk Arnsberg wieder. Wenngleich sie zur Landtagswahl 2012 gar nicht angetreten war, sank spätestens mit dem Aufkommen der AfD sowohl ihr Mobilisierungspotential als auch ihre öffentliche Wahrnehmung. Noch im Jahr 2010 hatte sie ihren Bundesparteitag unter großen öffentlichen Diskussionen in Hamm durchgeführt. Die Partei verfügt trotzdem kaum über Strukturen im Regierungsbezirk, nur in Bochum und Dortmund stellt sie zwei weitestgehend inaktive Stadtverbände. Selbst in diesen Städten erhielt sie bei der Landtagswahl in keinem Wahlbezirk über 100 Stimmen. Einzig im Wahlbezirk Herne I entfielen 112 der Zweitstimmen (0,2 Prozent) auf die rechtsextreme Partei. In den anderen Bezirken des Regierungsbezirks erreichte sie konstant 0,1 Prozent. Direktkandidat_innen stellte sie nicht.

4.3.4 Alternative für Deutschland (AfD)

Die AfD stellte mit Ausnahme der Wahlbezirke Hagen II – Ennepe-Ruhr-Kreis III, Herne I und Hochsauerlandkreis II flächendeckend Direktkandidat_innen zur Wahl. Die größten Anteile konnten dabei von Christian Loose (Bochum I: 8,1 Prozent), Peter Bohnhof (Dortmund I: 8,4 Prozent) und Markus Schröder (Bochum III – Herne II: 9,3 Prozent) erzielt werden. Mit Blick auf die Zweitstimmen liegt die AfD im Regierungsbezirk mit 8,15 Prozent knapp über ihrem Landesdurchschnitt. Die besten Ergebnisse erzielte sie in den östlichen Ruhrgebietsstädten (zwischen 6,8 und 11,2 Prozent). Die stark auf NRW bezogene arbeitnehmerfreundliche Rhetorik des Wahlkampfes lief trotzdem größtenteils ins Leere. In den ehemaligen Industriestädten Bochum, Herne und Dortmund konnte sie lediglich in zwei Wahlkreisen zweistellige Ergebnisse erzielen (Herne I: 11,2 Prozent, Bochum III – Herne II: 10,7 Prozent).

Wahlkreis/Städte	NPD	REP	Die Rechte	AfD
Hagen I Mitte, Nord, Hohenlimburg	0.4	0.1	0.1	9.9
Hagen II – Ennepe-Ruhr-Kreis III Eilpe/Dahl, Haspe; Breckerfeld, Ennepetal, Gevelsberg	0.5	0.1	0.0	9.2
Ennepe-Ruhr-Kreis I Hattingen, Schwelm, Sprockhövel, Wetter	0.3	0.1	0.0	7.5
Ennepe-Ruhr-Kreis II Herdecke, Witten	0.3	0.0	0.1	7.7
Bochum I Nordöstlicher Teil von Bochum	0.5	0.1	0.1	9.4
Bochum II Südlicher Teil von Bochum	0.3	0.0	0.0	6.8
Bochum III – Herne II Nordwestlicher Teil von Bochum; Herne-Eickel	0.6	0.1	0.1	10.7
Herne I	0.5	0.2	0.1	11.2

Herne ohne Eickel				
Dortmund I Innenstadt-West, Huckard, Mengede	0.6	0.1	0.7	9.1
Dortmund II Innenstadt-Ost, Innenstadt-Nord, Eving	0.4	0.1	0.4	7.8
Dortmund III Scharnhorst, Aplerbeck, Brackel	0.4	0.1	0.2	8.6
Dortmund IV Hörde, Hombruch, Lütgendortmund	0.4	0.1	0.3	7.4
Unna I Fröndenberg, Holzwickede, Schwerte, Unna	0.4	0.1	0.0	7.2
Unna II Lünen, Selm, Werne	0.7	0.1	0.1	8.8
Unna III – Hamm II Bergkamen, Bönen, Kamen; Hamm-Herringen	0.6	0.1	0.1	8.8
Hamm I Hamm ohne Herringen	0.5	0.1	0.1	8.2
Soest I Bad Sassendorf, Ense, Lippetal, Möhneseesee, Soest, Welver, Werl, Wickede	0.3	0.1	0.0	7.0
Soest II Anröchte, Erwitte, Geseke, Lippstadt, Rüthen, Warstein	0.3	0.1	0.0	6.9
Märkischer Kreis I Altena, Iserlohn, Nachrodt-Wiblingwerde, Werdohl	0.4	0.1	0.0	9.7
Märkischer Kreis II Balve, Hemer, Menden, Neuenrade, Plettenberg	0.4	0.1	0.0	8.4
Märkischer Kreis III Halver, Herscheid, Kierspe, Lüdenscheid, Meinerzhagen, Schalksmühle	0.5	0.1	0.0	8.2
Hochsauerlandkreis I Arnsberg, Eslohe, Schmallenberg, Sundern	0.3	0.0	0.0	5.8
Hochsauerlandkreis II Bestwig, Brilon, Hallenberg, Marsberg, Medebach, Meschede, Olsberg, Winterberg	0.3	0.1	0.0	5.9
Siegen-Wittgenstein I Burbach, Freudenberg, Neunkirchen, Siegen	0.3	0.1	0.0	8.4
Siegen-Wittgenstein II Bad Berleburg, Bad Laasphe, Erndtebrück, Hilchenbach, Kreuztal, Netphen, Wilnsdorf	0.4	0.1	0.0	8.0
Olpe Kreis Olpe	0.4	0.1	0.0	5.3
Gesamtzahl Wähler_innen	7.147	1.430	1.642	136.599

4.4 Analyse

Das erste Auftreten der AfD bei einer Landtagswahl in NRW hat auch im Regierungsbezirk Arnsberg die in der Breite schon schwach aufgestellten neonazistischen Parteien weiter geschwächt. Obwohl die NPD im Regierungsbezirk ein Ergebnis über dem Landesschnitt erzielte (0,4 zu 0,3 Prozent) verlor sie trotz Abgrenzungsversuchen zur AfD knapp ein Drittel ihrer Stimmen und bestätigt damit ihren seit Jahren währenden Niedergang. Die rechten Querschnittsthemen Einwanderung und Innere Sicherheit werden mittlerweile auch in NRW von der AfD erfolgreich besetzt - und zwar in einer Art und Weise, dass rechts von ihr kaum noch Platz ist. Hinzu kommt für die NPD das erstmalige Antreten der Partei Die Rechte, die,

wenn auch hauptsächlich in Dortmund, eine vergleichbare Wähler_innenschaft anspricht. Für Die Republikaner gilt weitestgehend dasselbe, wenngleich auf noch niedrigerem Niveau.

Neben der AfD trat auch die neonazistische Partei Die Rechte erstmals in NRW an. Über Dortmund hinaus konnte sie jedoch keine zählbaren Erfolge verzeichnen; auffällig ist an ihrem Ergebnis einzig die relativ vielen Erststimmen für die Szenefigur Borchardt im Wahlkreis Dortmund II. Schon bei der Kommunalwahl 2014 erreichte die Partei mit ihm als Spitzenkandidaten stadtweit 1,0 Prozent. Hier ist für Dortmund bei der Landtagswahl mit Blick auf Erst- und Zweitstimmen ein Rückgang zu verzeichnen (0,85 und 0,4 Prozent). Resümieren lässt sich trotzdem, dass die Stadt Dortmund weiterhin ein Kristallisationspunkt für extrem rechte und rechtspopulistische Parteien, nicht nur im Regierungsbezirk sondern in ganz NRW, darstellt.

5 Regionale Analyse II: Regierungsbezirk Detmold

5.1 Ausgangslage

Der Regierungsbezirk Detmold war zu keinem Zeitpunkt eine Hochburg extrem rechter Parteien. Bei verschiedenen Wahlen in der Vergangenheit erzielte beispielsweise die Partei *Die Republikaner* in einigen Wahlkreisen Stimmanteile von etwa ein Prozent. Auch der Partei pro NRW ist es nicht gelungen, sich in der Region zu etablieren. In den aktuellen Kommunalparlamenten gibt es entsprechend zurzeit nur eine kleine Anzahl von Mandatsträgern der *Alternative für Deutschland* (AfD) sowie einige Abgeordnete rechter Wählergemeinschaften.

Bemerkenswert ist jedoch, dass Angehörige militanter Neonazi-Kameradschaftsstrukturen in den vergangenen Jahren regionale Ableger der Kleinstparteien *Der III. Weg* und *DIE RECHTE* gegründet haben und letztere auch zur diesjährigen Landtagswahl angetreten ist.

5.2 Wahlkampf

Die Parteien *Alternative für Deutschland* (AfD), *Die Republikaner* (REP) und *DIE RECHTE* traten im Rahmen des Landtagswahlkampfes in der Region in Erscheinung. Aktivitäten der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands (NPD) sind hingegen nicht dokumentiert. Bei früheren Wahlen hatte diese Partei zumindest sporadisch Informationsstände, beispielsweise in Bielefeld oder Höxter, betrieben.

5.2.1 DIE RECHTE

In Ostwestfalen Lippe stellte die *DIE RECHTE* mit Michael Riedmaier lediglich für den Wahlkreis 92 Bielefeld I einen Direktkandidaten auf. Riedmaier war in der Vergangenheit bereits für die Deutsche Volksunion (DVU) aktiv gewesen und war im Jahre 2009 für die extrem rechte Splitterorganisation „Ab jetzt... Bündnis für Deutschland, für Demokratie durch Volksabstimmung“ bei der Europawahl angetreten. Im diesjährigen Landtagswahlkampf trat Riedmaier jedoch nicht öffentlich in Erscheinung, auch nicht als Aktivist_innen des Kreisverbandes Ostwestfalen-Lippe gemeinsam mit Parteimitgliedern aus dem Ruhrgebiet und Neonazis aus regionalen Kameradschaftsstrukturen am 22. April eine sogenannte „Mottofahrt gegen Masseneinwanderung“ durchführten. Die Wahlkampfveranstaltung war eine Wiederauflage einer ähnlichen Aktion aus dem Jahre 2016. Mit einem Reisebus, begleitet durch einen Lautsprecherwagen, bewegten sich insgesamt 15 Neonazis durch die Region und führten nacheinander kurze Kundgebungen in Werther, Bielefeld-Schildesche, Bielefeld-Sennestadt und Gütersloh durch. Hauptredner war jeweils der Landes- und Kreisvorsitzende in Ostwestfalen-Lippe, Sascha Krolzig. Darüber gab es keine Wahlkampfaktivitäten, nicht einmal Plakatwerbung.

5.2.2 Alternative für Deutschland (AfD)

Für die AfD traten im Regierungsbezirk Detmold insgesamt vierzehn Direktkandidat_innen an. Es handelte sich um Jan Aussieker (Minden-Lübbecke I), Thomas Röckemann (Minden-Lübbecke II), Markus Wagner (Herford I – Minden-Lübbecke III), Werner Vaal (Herford II – Minden-Lübbecke IV), Heliane Ostwald (Bielefeld I), Rolf Diekwisch (Bielefeld II), Uta Opelt (Gütersloh II), Johannes Brinkrolf (Gütersloh III), Uwe Detert (Lippe I), Olaf Tünke (Lippe II), Ernst-Ulrich Frank (Lippe III), Karl-Heinz Tegethoff (Paderborn I), Günter Koch (Paderborn II), Norbert Senges (Höxter). Der vielleicht prominenteste hierunter befindliche Kandidat ist Markus Wagner aus Bad Oeynhausen, der zwischen 2004 und 2006 als Bundesvorsitzender der *Partei Rechtsstaatliche Offensive* (die sogenannte „Schill-Partei“) fungierte. In einem Wahlkreis (Gütersloh I – Bielefeld III) untersagten der Kreis- beziehungsweise in zweiter Instanz der Landeswahlausschuss die Kandidatur der Vermolderin Sylvia Lillge mit der Begründung, dass Lillge „unter Vortäuschung anderer Zwecke Unterstützungsunterschriften erschlichen haben könnte“.

Der Wahlkampf der AfD hatte einen langen Vorlauf. Seit Ende des Jahres 2015 ging die Partei dazu über, im östlichen Münsterland und im Landkreis Paderborn größere Kundgebungen und Demonstrationen mit mehreren Hundert Teilnehmer_innen durchzuführen, unter anderem in der Stadt Paderborn mit dem Spitzenpolitiker Björn Höcke.

In den Folgemonaten zog sich die AfD weitgehend aus der Öffentlichkeit zurück und war bis Anfang 2017 vor allem damit beschäftigt, interne Streitigkeiten auszufeuchten und Kandidat_innenlisten sowohl für den Landtags- als auch den Bundestagswahlkampf zu erstellen. In der Region setzte sich hierbei die Gruppe um den Bezirksvorsitzenden Udo Hemmelgarn aus Harsewinkel – Kreistagsabgeordneter in Gütersloh und Mitorganisator der sogenannten „Alternativen Wissenskongresse“ – gegen eine gemäßigt auftretende Strömung durch. Aus Ostwestfalen-Lippe kam auch ein Versuch, dem Landesvorsitzenden Markus Prezell die Spitzenkandidatur streitig zu machen. Der Mindener Rechtsanwalt Thomas Röckemann unterlag auf einem Parteitag Anfang September 2016 nur knapp. Der Bezirksvorsitzende Hemmelgarn selbst verzichtete auf eine Landtagskandidatur und bewirbt sich für einen Einzug in den Bundestag.

Zu einer ersten öffentlichen Diskussion um den Umgang mit der AfD im Wahlkampf führte im Januar 2017 eine Gemeinschaftsveranstaltung des ASTa der Universität Paderborn und der Debating Society *Paderborn* (DSP). Zu einer „Debatte zur Bundes- und Landtagswahl 2017“ war auch Markus Roscher vom AfD-Kreisverband, der seinerzeit noch beabsichtigt hatte, für die Bundestag zu kandidieren, eingeladen. Die Veranstalter_innen gaben hierbei keine gute Figur ab, da sie Kritiker_innen der AfD die Teilnahme untersagten

Schwerpunkte des eigentlichen Landtagswahlkampfes waren Indoor-Veranstaltungen in städtischen Räumlichkeiten. Durch den Rückgriff auf öffentliche Veranstaltungsorte konnte die AfD möglichen Kündigungen, z. B. durch Gastwirte oder kommerzielle Event-Agenturen, vorbeugen und außerdem über das Instrument des Hausrechts kritische Stimmen aussperren. Zu den im Wahlkampf genutzten

Räumlichkeiten gehörten das „Kleine Theater am Weingarten“ (Minden, 15. Januar), das „Haus unter den Linden“ (Herford, 28. Januar), die VHS Bielefeld (24. März) und das Schulzentrum „Am Werreanger“ in Lage (18. April). Außerdem lud die AfD während des Wahlkampfes – etwa am 4. Mai in Bielefeld-Heepen – Gast-Referent_innen zu ihren „Stammtischen“ ein.

Eine weitere für den 28. April in der VHS Bielefeld angekündigte Saalveranstaltung wurde von der Partei abgesagt, nachdem es bei der offiziellen Wahlkampfauftaktveranstaltung mit Frauke Petry und Marcus Pretzell am 24. März zu zivilgesellschaftlichen Protesten gekommen war. Ebenso abgesagt wurde eine für den 12. Mai als Wahlkampfabschluss geplante Veranstaltung mit dem Spitzenkandidaten Pretzell. Der Inhaber des Veranstaltungslokals kündigte der AfD die Räumlichkeiten, nachdem die Planungen öffentlich bekannt geworden waren.

Auffällig war eine hohe Präsenz von Plakatwerbung auch in kleineren Städten und ländlichen Bereichen des Regierungsbezirks; in der Großstadt Bielefeld nutzte die Partei zudem großflächige kommerzielle Plakatwände. Hierbei versuchte die Partei, sich in den Sozialen Netzwerken und in der lokalen Presse als „Opfer“ zu inszenieren, indem sie sich darüber beklagte, dass 60 Prozent ihrer Plakate zerstört worden seien. Auf der Facebook-Seite der AfD Minden-Lübbecke waren zeitweise Fotos zu sehen, die angeblich Personen zeigen, während sie Wahlplakate der Partei beschädigen.

Auch im Straßenwahlkampf trat die Partei in Erscheinung. Bereits am 18. Februar führte die AfD einen Infostand in der Paderborner Innenstadt durch, weitere folgten im April. Im Kreis Lippe trat die Partei mit Wahlkampfständen in Lage, Lemgo, Detmold, Horn-Bad Meinberg und Bad Salzuflen auf, außerdem in Bielefeld-Schildesche (29. April) und in der Bielefelder Innenstadt (5. und 7. Mai).

5.2.3 Die Republikaner (REP)

Die Partei *Die Republikaner* trat während des Landtagswahlkampfes nur einmal im Regierungsbezirk Detmold in Erscheinung. Am 1. Mai 2017 wurden nacheinander in den Städten Paderborn, Bielefeld und Gütersloh Informationsstände aufgebaut, die jeweils nur kurz präsent waren, und ebenso wenig Resonanz erfuhren wie die ermüdenden Redebeiträge des NRW-Spitzenkandidaten Kevin Krieger.

5.3 Wahlergebnisse

Auf die Wahlergebnisse der Partei *Die Republikaner* wird im Folgenden nicht weiter eingegangen. Die Partei errang im gesamten Regierungsbezirk lediglich 514 Zweitstimmen und blieb damit deutlich unter 0,1 Prozent. Die Wahlergebnisse der extrem rechten und rechtspopulistischen Parteien im Regierungsbezirk Detmold stellen sich wie folgt dar:

Wahlkreis/Städte	NPD	REP	Die Rechte	AfD
Minden-Lübbecke I Espelkamp, Hille, Hüllhorst, Lübbecke, Petershagen, Preußisch Oldendorf, Rahden, Stemwede	0.3	0.0	0.0	6.9
Minden-Lübbecke II Minden, Porta Westfalica	0.3	0.1	0.0	7.5

Herford I – Minden-Lübbecke III Enger, Herford, Hiddenhausen, Vlotho; Bad Oeynhausen (südl. Teil)	0.3	0.1	0.0	7.7
Herford II – Minden-Lübbecke IV Bünde, Kirchlengern, Löhne, Rödinghausen, Spenge; Bad Oeynhausen (nördl. Teil)	0.3	0.1	0.0	7.7
Bielefeld I Mitte, Schildesche und Gadderbaum	0.2	0.0	0.1	5.0
Bielefeld II Heepen, Brackwede, Stieghorst, Sennestadt, Senne	0.4	0.1	0.0	8.6
Gütersloh I – Bielefeld III Dornberg, Jöllenbeck; Borgholzhausen, Halle (Westf.), Steinhagen, Versmold, Werther	0.2	0.1	0.0	5.9
Gütersloh II Gütersloh, Harsewinkel, Herzebrock-Clarholz	0.3	0.0	0.0	6.4
Gütersloh III Langenberg, Rheda-Wiedenbrück, Rietberg, Schloß Holte- Stukenbrock, Verl	0.3	0.1	0.0	5.5
Lippe I Bad Salzuflen, Lage, Leopoldshöhe, Oerlinghausen	0.3	0.1	0.0	8.3
Lippe II Barntrup, Blomberg, Dörentrup, Extertal, Kalletal, Lemgo, Lügde	0.4	0.1	0.0	6.9
Lippe III Augustdorf, Detmold, Horn-Bad Meinberg, Schieder- Schwalenberg, Schlangen	0.3	0.0	0.0	6.8
Paderborn I Altenbeken, Bad Lippspringe, Bad Wünnenberg, Borchen, Büren, Delbrück, Hövelhof, Lichtenau, Salzkotten	0.3	0.1	0.0	6.5
Paderborn II Paderborn	0.2	0.0	0.0	7.2
Höxter Kreis Höxter	0.3	0.1	0.0	6.3
Gesamtzahl Wähler_innen	2.741	553	300	66.807

5.3.1 Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD)

Ebenso wie *Die Republikaner* hatte die NPD in der Region keine Direktkandidaten aufgestellt. Der NPD ist es nicht einmal gelungen, das bereits sehr magere Ergebnis der vorherigen Wahl zu halten. Stattdessen musste die Partei sogar weitere Verluste hinnehmen. Einzig in den Wahlbezirken Bielefeld II und Lippe II (Barntrup, Blomberg, Dörentrup, Extertal, Kalletal, Lemgo, Lügde) konnte die Partei einen Stimmanteil von 0,4 Prozent behaupten. Das Ergebnis der NPD deutet aber darauf hin, dass es in einigen Bereichen des Regierungsbezirks Detmold eine kleine Gruppe von Stammwähler_innen gibt, die der Partei nach wie vor die Treue halten.

5.3.2 DIE RECHTE

Die neonazistische Kleinstpartei *DIE RECHTE* trat in NRW erstmals zu einer Landtagswahl an. Der Direktkandidat im Wahlkreis Bielefeld I, Michael Riedmaier, konnte hierbei 52 (0,1 Prozent) Erststimmen auf sich vereinen. Dieser Wahlkreis ist bei einem Ergebnis von 48 Zweitstimmen (0,1 Prozent) die

„Hochburg“ der Partei im Regierungsbezirk Detmold. Insgesamt entfielen in den fünfzehn Wahlbezirken gerade einmal 281 Zweitstimmen auf *DIE RECHTE*.

5.3.3 Alternative für Deutschland (AfD)

Die *Alternative für Deutschland* errang im Regierungsbezirk Detmold in den 14 Wahlkreisen, in denen Kandidaten zur Wahl standen, insgesamt 46.210 Erststimmen (5,51 Prozent) sowie im gesamten Regierungsbezirk 66.807 Zweitstimmen. Letzteres entspricht einem Durchschnittsergebnis von 6,88 Prozent, das etwas unter dem Landesdurchschnitt von 7,4 Prozent liegt. Dieses Ergebnis ermöglicht Markus Wagner (Bad Oeynhausen), angetreten im Wahlkreis Herford I – Minden-Lübbecke III mit den Gemeinden Enger, Herford, Hiddenhausen, Vlotho, Bad Oeynhausen-Süd, und Thomas Röckemann (Minden), angetreten im Wahlkreis Minden-Lübbecke II mit den Gemeinden Minden und Porta Westfalica, über die Landesliste den Einzug in den Landtag.

Bei den Zweitstimmen fällt insbesondere der Unterschied zwischen den Wahlkreisen Bielefeld I (5,7 Prozent) und Bielefeld II (8,6 Prozent) auf. Der Wahlkreis Bielefeld I ist der Heimatwahlkreis der bisherigen NRW-Familienministerin Christina Kampmann, der neben Bielefeld-Mitte auch den Bezirk Schildesche sowie das überwiegend bürgerlich geprägte Gadderbaum umfasst. Zum Wahlkreis Bielefeld II gehören die Stadtbezirke Heepen, Brackwede, Stieghorst, Sennestadt und Senne. Hierbei handelt es sich teilweise um Bezirke, in denen es in den vergangenen Jahren zu Auseinandersetzungen um die Unterbringung Geflüchteter kam.

5.4 Fazit

Die *Nationaldemokratische Partei Deutschlands*, *Die Republikaner* und die Partei *DIE RECHTE* sind im Regierungsbezirk Detmold als Wahlparteien, wie es auch nicht anders zu erwarten war, vollkommen unbedeutend geblieben.

Dagegen gelang es der *Alternative für Deutschland* – abgesehen von den Wahlkreisen Bielefeld I, Gütersloh I – Bielefeld III und Gütersloh III, in denen das Resultat etwas geringer ausfiel – flächendeckend über sechs Prozent der Zweitstimmen auf sich zu vereinen. Die Partei wird daher künftig mit zwei regionalen Abgeordneten im Landtag vertreten sein.

6 Regionale Analyse III: Regierungsbezirk Düsseldorf

6.1 Ausgangslage

Im Regierungsbezirk Düsseldorf führte lediglich die AfD einen spürbaren Wahlkampf. So verabschiedete die AfD, die ihr Landesbüro in Düsseldorf hat, unter anderem in Oberhausen ihr Programm zur Landtagswahl und führte in Essen ihre Auftaktveranstaltung durch. Die NPD und die REP, mit Landesverbandssitz in Essen bzw. Düsseldorf, waren trotz angekündigter Wahlkampfveranstaltungen kaum wahrnehmbar.

Bei *DIE RECHTE* konnte gar keine ausgewiesenen Wahlkampfveranstaltungen verzeichnet werden. Außer den REP trat zudem keine der extrem rechten Kleinstparteien mit Direktkandidaten an.

6.2 Wahlkampf

6.2.1 Die Republikaner (REP)

In Düsseldorf waren die REP mit Infoständen in unterschiedlichen Düsseldorfer Stadtteilen (u.a. Garath, Eller, Reissholz, Rath, Gerresheim) unterwegs.³⁴ Garath, Eller und Rath zählen hierbei zu den letzten Orten, an denen die REP, die anderswo kaum noch wahrnehmbar sind, bereits vor der heißen Wahlkampfphase fast jeden Samstag mit Infoständen vertreten waren.³⁵

Am 1. April fand eine Kundgebung in Düsseldorf Garath unter dem Motto „Bürgerprotest: Sicherheit statt Asylchaos und Terror“ statt, an der circa 40 Personen teilnahmen. Etwa die Hälfte der Teilnehmenden wurde durch im Stadtteil bekannte Neonazis und Hooligans gestellt.³⁶

Geplant waren nach Angaben der Republikaner zudem Wahlkampfveranstaltungen in 35 Städten in NRW, 13 davon im Regierungsbezirk Düsseldorf. Angekündigt waren Kundgebungen in Mönchengladbach, Grevenbroich, Krefeld, Neuss, Essen, Oberhausen, Moers, Duisburg, Düsseldorf, Mülheim an der Ruhr, Wuppertal, Solingen und Remscheid zwischen dem 29. April bis 13. Mai.³⁷ Hierbei nahmen beispielsweise in Duisburg fünf, in Wuppertal acht Personen teil.

Außer in einem Wuppertaler Wahlbezirk (0,2 Prozent) und drei der vier Düsseldorfer Wahlbezirke (0,2 Prozent und 0,4 Prozent) lag der Stimmenanteil der Republikaner im Regierungsbezirk zwischen 0,0 Prozent und 0,1 Prozent.

In Düsseldorf trat die Partei als einzige Stadt in NRW mit vier Direktkandidaten an, die zwischen 0,1 Prozent und 0,9 Prozent erhielten.³⁸

³⁴ <https://www.rep-duesseldorf.de/aktuelles/>

³⁵ <https://duesseldorf-rechtsaussen.de/2016/08/21/d-republikaner-zwischen-selbstzerlegung-und-lokalem-aktivismus/#more-163>

³⁶ <https://duesseldorf-rechtsaussen.de/2017/04/02/d-schwache-rep-praesentation-in-ihrer-garather-hochburg/>

³⁷ <https://www.facebook.com/RepNRW/posts/1458780557486439>

³⁸ <https://www.wahlergebnisse.nrw.de/landtagswahlen/2017/index.shtml>

6.2.2 Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD)

Im Regierungsbezirk Düsseldorf war der Wahlkampf der NPD in der Öffentlichkeit kaum wahrnehmbar. Am 1. Mai demonstrierte die NPD unter dem Motto: „Wir arbeiten, Fremde kassieren. Asylmissbrauch stoppen!“ in Essen. Den 130 Rechtsextremen stellten sich 300 Gegendemonstrant_innen entgegen.³⁹ Die Veranstaltung war zeitlich mit der Demonstration der Partei *DIE RECHTE* in Dortmund abgestimmt, sodass rechte Reisekader an beiden teilnehmen konnten.

Im Rahmen ihrer Städtetour hielt die NPD in den Städten Duisburg, Krefeld, Moers, Mülheim, Kamp-Lintfort und Essen mit ihrem als „Flaggschiff“ bezeichneten Tour-LKW.

Unter den ersten neun Plätzen der Landesliste der NPD befanden sich insgesamt sieben Kandidat_innen aus dem Regierungsbezirk Düsseldorf, so aus Duisburg, Viersen, Wachtendonk, Meerbusch, Mönchengladbach und Essen.⁴⁰

Im Regierungsbezirk Düsseldorf konnte die NPD kaum Stimmen einfangen. Den mit Abstand höchsten Stimmenanteil erlangte die Partei im Wahlkreis Duisburg IV-Wesel V mit 0,9 Prozent.⁴¹

6.2.3 DIE RECHTE

Der Wahlkampf der Partei *DIE RECHTE* fiel im Regierungsbezirk Düsseldorf kaum auf. Bis auf eine Demonstration in Wuppertal am 4. März, mit circa 70 Teilnehmer_innen⁴² und vereinzelt Flyerverteileraktionen waren keine nennenswerten Aktivitäten im Wahlkampf zu verzeichnen.

Insgesamt hat die Partei bei den Landtagswahlen 782 Zweitstimmen im Regierungsbezirk Düsseldorf bekommen. Die Zahl ist zwar im Gesamtkontext unbedeutend klein, nimmt man diese als Indikator für die Sympathien für die neonazistische Ideologie, dann ergibt sich daraus eine besondere Relevanz.

Nach den absoluten Zahlen⁴³ war die aktivste Wählerbeteiligung in Duisburg, Essen, Kreis Mettmann und Wuppertal, Wohnort des Spitzenkandidaten Kevin Koch, zu verzeichnen. Allerdings liegt auch hier die Stimmenanzahl im untersten dreistelligen Bereich (Duisburg/Wesel V: 108 Stimmen, Essen/Mülheim an der Ruhr II: 107 Stimmen, Kreis Mettmann: 97 Stimmen und Wuppertal/Solingen II: 88 Stimmen).

6.2.4 Alternative für Deutschland (AfD)

Im Gegensatz zu den anderen zur Landtagswahl antretenden Rechtsparteien war die AfD deutlich im Regierungsbezirk Düsseldorf durch Veranstaltungen präsent. Wie auch anderswo fiel sie zwar weniger durch einen klassischen Straßenwahlkampf auf, jedoch fand eine Vielzahl von offiziellen Parteiveranstaltungen statt.

39 http://www.essen-stellt-sich-quer.de/index.php/Eq:ENPDJN/2017#WAZ.2FNRZ.2C_03.05.2017_Mai-Demos_ohne_Zwischenf.C3.A4lle

40 <https://www.wahlergebnisse.nrw.de/landtagswahlen/2017/bewerber.shtml>

41 <https://www.wahlergebnisse.nrw.de/landtagswahlen/2017/index.shtml>

42 <http://www1.wdr.de/nachrichten/rheinland/demonstration-rechte-linke-wuppertal-100.html>

43 Auswertung von „Landtagswahl 2017 Vorläufige Ergebnisse in Nordrhein-Westfalen Heft 2“ www.mik.nrw.de/wahlen

Als Startschuss für den Wahlkampf könnte man den Landesparteitag am 29. Januar in der Oberhausener Stadthalle nennen. Obwohl der dortige Stadtrat der AfD die Nutzung der Räumlichkeit untersagt hatte⁴⁴, erwirkte sie diese durch ein gerichtliches Eilverfahren.⁴⁵ Während vor der Tür 1.400 Menschen demonstrierten, verabschiedete die AfD ihr NRW-Wahlprogramm.⁴⁶

Auch am 21. Februar hatte die Jugendorganisation der AfD, die *Junge Alternative*, sich um eine Veranstaltung in Heiligenhaus im Kreis Mettmann bemüht. Durch die Recherchen des lokalen Bündnisses gegen Rechts wurde der eigentlich geheim gehandelte Veranstaltungsort jedoch frühzeitig bekannt. Aufgrund der folgenden öffentlichen Proteste untersagte der Gastronom die Veranstaltung schließlich.⁴⁷

Ursprünglich war der NRW-weite Wahlkampfauftakt für den 25. Februar (Karnevalssamstag) in Wuppertal geplant. Hier wurde der AfD jedoch der Eintritt in die Stadthalle erfolgreich verwehrt, da dies nachweislich eine Privatperson reserviert hatte, ohne auf die AfD als eigentliche Anmieterin hinzuweisen. Nach der Stornierung meldete die Gewerkschaft Ver.di eine Veranstaltung auf diesen Tag an.⁴⁸

Zu einer lokalen Wahlkampfveranstaltung hatte die AfD in Mettmann am 23. März in die Stadthalle eingeladen. Ein breites zivilgesellschaftliches Bündnis protestierte davor, etwa 300 Menschen brachten ihren Unmut lautstark zum Ausdruck. Die AfD empfing am Ende nur 80 Besucher_innen, obwohl sie von 150 ausgegangen war.⁴⁹

Der ‚eigentliche‘ Wahlauftakt der AfD fand daher später statt: Am 8. April auf dem Marktplatz in Altenessen/Essen traten unter anderem Frauke Petry und Jörg Meuthen scheinbar einvernehmlich vor etwa 300 Interessierten auf. Damit blieb sie hinter den angekündigten 1.000 Personen zurück. Die Strategie, mit Lokalpatriotismus und der Nähe zur Arbeiter_innenklasse zu punkten – Meuthen wurde als „Essener Jung“ angekündigt, Guido Reil als „der Steiger“ – ging nur bedingt auf. Auch die angekündigte Essener Überraschungsband sagte kurzfristig ab, um einem erwarteten ‚Shitstorm‘ zu entgehen. In zwei angemeldeten Aktionen äußerten Gegendemonstrant_innen zum Teil lautstark ihren Protest.⁵⁰

Die nächste größere Wahlkampfveranstaltung fand am 28. April auf dem Johannes-Rau-Platz in Düsseldorf statt. Mit Frauke Petry war wiederum Parteiprominenz vertreten. Dennoch erschienen von den erwarteten 250 Sympathisant_innen nur etwa 80, die zum Teil von außerhalb NRWs angereist waren. Demgegenüber konnte ein breites zivilgesellschaftliches Bündnis mehr als 200 Menschen mobilisieren.⁵¹

Die für den 1. Mai von der *Alternativen Vereinigung der Arbeitnehmer e.V. (AVA)* angekündigte Großkundgebung in Düsseldorf wurde daraufhin abgesagt. Offiziell wurde dies damit begründet, dass man verhindern wolle, dass Polizeikräfte Überstunden machen müssten oder gar durch

44 <https://www.waz.de/staedte/oberhausen/oberhausens-rat-darum-soll-die-afd-nicht-in-die-stadthalle-id209345153.html>

45 <https://www.waz.de/staedte/oberhausen/oberhausener-hallenchef-tritt-nach-afd-parteitag-zurueck-id209468571.html>

46 <https://www.derwesten.de/staedte/oberhausen/protest-gross-einsatz-der-polizei-der-afd-parteitag-in-oberhausen-beginnt-id209430139.html>

47 <https://www.waz.de/staedte/heiligenhaus/gastronom-sagt-veranstaltung-der-jungen-alternative-ab-id209646039.html>

48 <http://www1.wdr.de/nachrichten/rheinland/afd-nicht-in-stadthalle-wuppertal-100.html>

49 <http://www.rp-online.de/nrw/staedte/mettmann/300-menschen-protestieren-gegen-afd-aid-1.6710603>

50 <https://www.waz.de/staedte/essen/wahlkampfauftakt-in-essen-afd-auf-stimmenfang-im-revier-id210196421.html>

51 <https://www.nrz.de/staedte/duesseldorf/so-verlief-die-afd-veranstaltung-in-duesseldorf-id210398113.html>

Gegendemonstrant_innen verletzt würden.⁵² Stattdessen versuchte Guido Reil durch seine Teilnahme auf der Maikundgebung des DGB in Essen zu provozieren. Reil wurde sofort erkannt und spontan durch eine Gruppe von Gewerkschafter_innen begleitet. Während Reil selbst die Einzelaktion als erfolgreich bewertete, war die Irritation darüber auf den Social Media-Seiten der AfD deutlich bemerkbar.⁵³ Von der Befürchtung, wieder größere Gegenproteste in Kauf nehmen zu müssen, war schließlich auch die Wahlparty am 14. Mai geprägt. Die AfD hatte versucht, den Veranstaltungsort bis zuletzt geheim zu halten. Dennoch mobilisierten zivilgesellschaftliche Gruppen bereits am Vorabend zu Protesten dorthin.⁵⁴

An Zweitstimmen erhielt die AfD, blickt man auf die Wahlkreise im RB Düsseldorf, zwischen 5,0 Prozent und 14,6 Prozent. Die ‚Hotspots‘ liegen dabei eindeutig in Duisburg, Essen und Oberhausen. Grundsätzlich lässt sich sagen, dass die AfD am linken Niederrhein eher unterdurchschnittlich und in den Ruhrgebietsstädten deutlich über dem Landesergebnis abgeschnitten hat.

Wahlkreis/Städte	NPD	REP	Die Rechte	AfD
Wuppertal I Barmen (teilweise), Heckinghausen, Langerfeld-Beyenburg, Oberbarmen, Ronsdorf	0.5	0.2	0.1	9.8
Wuppertal II Barmen (teilweise), Elberfeld (teilweise), Uellendahl-Katernberg	0.3	0.1	0.0	7.5
Wuppertal III – Solingen II Cronenberg, Elberfeld (teilweise), Elberfeld-West, Vohwinkel; Gräfrath, Wald (teilweise)	0.3	0.1	0.1	8.1
Solingen I Burg/Höhscheid, Mitte, Ohligs/Aufderhöhe/Merscheid, Wald (teilweise)	0.3	0.1	0.0	8.1
Remscheid – Oberbergischer Kreis III Remscheid; Radevormwald	0.4	0.1	0.0	8.3
Mettmann I Hilden (südl. Teil), Langenfeld, Monheim am Rhein	0.3	0.1	0.0	7.4
Mettmann II Erkrath, Haan, Hilden (nördl. Teil), Mettmann (südl. Teil)	0.3	0.1	0.0	7.8
Mettmann III Heiligenhaus, Ratingen	0.3	0.1	0.0	6.9
Mettmann IV Mettmann (nördl. Teil), Velbert, Wülfrath	0.4	0.1	0.0	8.7
Düsseldorf I Stadtbezirke 1, 5 und 6	0.2	0.2	0.0	5.7
Düsseldorf II Stadtbezirke 2 und 7, Stadtbezirk 8 Eller, Lierenfeld	0.2	0.2	0.0	6.3
Düsseldorf III Stadtbezirke 3 und 4	0.1	0.1	0.0	5.0
Düsseldorf IV Stadtbezirke 9 und 10, Stadtbezirk 8 Vennhausen, Unterbach	0.3	0.4	0.0	8.7

52 <http://www1.wdr.de/nachrichten/landespolitik/landtagswahl/afd-absage-erster-mai-100.html>

53 <https://correctiv.org/blog/ruhr/artikel/2017/05/01/der-arbeiterkampf-der-afd/>

54 <https://www.report-d.de/Politik/Parteien/Duesseldorf-Proteste-gegen-Wahlparty-der-AfD-76892>

Rhein-Kreis Neuss I Neuss	0.3	0.1	0.0	7.3
Rhein-Kreis Neuss II Dormagen, Grevenbroich, Rommerskirchen	0.4	0.1	0.0	7.7
Rhein-Kreis Neuss III Jüchen, Kaarst, Korschenbroich, Meerbusch	0.2	0.1	0.0	5.7
Krefeld I – Viersen III West, Mitte, Süd, Fischeln; Tönisvorst	0.4	0.0	0.0	6.7
Krefeld II Nord, Hüls, Oppum-Linn, Ost, Uerdingen	0.3	0.1	0.0	6.2
Mönchengladbach I Mönchengladbach (südöstl. Teil)	0.4	0.1	0.0	8.2
Mönchengladbach II Mönchengladbach (nordwestl. Teil)	0.5	0.1	0.0	6.9
Viersen I Schwalmtal, Viersen, Willich	0.4	0.0	0.0	6.0
Viersen II Brüggen, Grefrath, Kempen, Nettetal, Niederkrüchten	0.3	0.0	0.0	5.8
Kleve I Geldern, Issum, Kalkar, Kerken, Kevelaer, Rheurdt, Straelen, Uedem, Wachtendonk, Weeze	0.3	0.1	0.0	5.5
Kleve II Bedburg-Hau, Emmerich, Goch, Kleve, Kranenburg, Rees	0.3	0.1	0.0	5.8
Oberhausen I Stadtbezirke Alt-Oberhausen und Osterfeld	0.6	0.1	0.0	11.9
Oberhausen II – Wesel I Sterkrade; Dinslaken	0.5	0.1	0.0	9.5
Wesel II Alpen, Kamp-Lintfort, Neukirchen-Vluyn (nördl. Teil), Rheinberg (nordwestl. Teil), Sonsbeck, Xanten	0.4	0.1	0.0	7.2
Wesel III Hammingen, Hünxe, Schermbeck, Voerde, Wesel	0.4	0.1	0.0	7.2
Wesel IV Moers, Neukirchen-Vluyn (südl. Teil)	0.5	0.1	0.1	8.7
Duisburg I Süd; Neudorf, Wanheimerort	0.4	0.1	0.0	9.3
Duisburg II Homberg, Ruhrort, Baerl, Rheinhausen	0.6	0.1	0.0	10.7
Duisburg III Meiderich-Beeck, Neuenkamp, Kaßlerfeld, Duissern, Dellviertel, Hochfeld	0.8	0.1	0.1	11.9
Duisburg IV – Wesel V Walsum, Hamborn; Rheinberg (südöstl. Teil)	0.9	0.1	0.1	14.6
Mülheim I Mülheim an der Ruhr ohne Winkhausen	0.3	0.1	0.0	8.6
Essen I – Mülheim II Stadtbezirke IV und V; Winkhausen	0.6	0.1	0.1	13.1
Essen II Huttrop, Frillendorf, Stadtbezirke VI, VII; Byfang, Burgaltendorf	0.6	0.1	0.0	12.0
Essen III Stadtkern, Ostviertel, Nordviertel, Westviertel, Südviertel, Südostviertel, Stadtbezirk III;	0.4	0.1	0.0	8.3

Bredeney, Schuir				
Essen IV Stadtbezirk II, Heisingen, Kupferdreh, Überruhr-Hinsel. Überruhr-Holthausen; Werden, Heidhausen, Fischlaken, Kettwig	0.2	0.1	0.0	6.5
Gesamtzahl Wähler_innen	9.029	2.558	782	190.725

6.3 Fazit

Die „klassischen“ rechtsextremen Parteien waren im Regierungsbezirk Düsseldorf im Wahlkampf zur Landtagswahl 2017 kaum wahrnehmbar. Mit den vereinzelt Aktionen konnten REP, NPD und *DIE RECHTE* oftmals nicht einmal ihr eigenes Stammklientel mobilisieren. Es gelang ihnen zu keiner Zeit, sich in die politischen Debatten einzubringen.

Demgegenüber stach die AfD mit größer angelegten Wahlkampfaktionen hervor. Gleichwohl konnte sie die eigens gesteckten Erwartungen dabei nicht erfüllen, sodass sie die angemeldeten Plätze und Säle meist nicht gefüllt bekam. Zum Teil wurden Veranstaltungen kurzfristig abgesagt. Dies ist zum einen auf die eigene Selbstüberschätzung zurückzuführen, mit der populistischen Ansprache von Arbeiter_innen, nicht zuletzt durch den „Steiger“ Guido Reil, bei unzufriedenen Wähler_innen punkten zu können. Zum anderen wurden sämtliche Großveranstaltungen stets durch Protestaktionen breiter zivilgesellschaftlicher Bündnisse begleitet.

7 Regionale Analyse IV: Regierungsbezirk Köln

7.1 Ausgangslage

Die extreme Rechte in ihren Facetten ist auch im RB Köln nach wie vor präsent. Was Parteien betrifft, war lange Zeit die *pro*-Bewegung von Bedeutung, die in Köln gegründet wurde und dort Erfolge verzeichnen konnte. Auch in anderen Städten im RB wie Bergheim und Leverkusen ist sie in den Räten vertreten. Die internen Konflikte, die dann auch zur Spaltung führten, haben sie jedoch deutlich geschwächt. Auch dies dürfte zu der Entscheidung beigetragen haben, nicht zur Landtagswahl anzutreten.

Hochburg der NPD im RB Köln war lange Zeit Düren. Dies ist jedoch bereits seit einigen Jahren nicht mehr der Fall. Nur in Heinsberg und im Rhein-Sieg-Kreis besteht ein mehr oder weniger aktiver Kreisverband, in dem auch die stellvertretende Landesvorsitzende Ariane Meise beheimatet ist. Abgesehen von dem Darüber hinaus ist die Partei im RB bedeutungslos. Im Rhein-Sieg-Kreis besteht mit der Partei Volksabstimmung/Bündnis D eine regionale Besonderheit.

DIE RECHTE verfügt lediglich im Rhein-Erft-Kreis über eine stabile Struktur. Hier finden regelmäßig interne Veranstaltungen statt, von Zeit zu Zeit auch kleine Kundgebungen und Infostände.

Die *Republikaner* spielen im Regierungsbezirk ebenfalls keine Rolle. In Köln versuchte der Vorsitzende Kevin Krieger aus Pulheim hin und wieder zu punkten, blieb jedoch erfolglos.

Wie auch im übrigen Bundesland ist die rechtspopulistische *Alternative für Deutschland* (AfD) nun der maßgebliche Akteur im Rechtsaußen-Spektrum. Sie verfügt über stabile und aktive Kreisverbände und zahlreiche kommunale Mandate. Der KV Köln hat einen deutlichen Einfluss auf Landesebene, auch die *Junge Alternative* ist in der Stadt vertreten. Die Ausrichtung der Kreisverbände ist unterschiedlich. In Euskirchen beispielsweise ist man um ein sehr bürgerliches Auftreten bemüht, andere Kreisverbände positionieren sich jedoch auch weiter rechts. Insbesondere der Aachener Stadtverordnete Markus Mohr sorgte im Rat immer wieder mit Anträgen und Wortbeiträgen für Schlagzeilen, was dann auch zu seinem Ausschluss führte. Im Rhein-Sieg-Kreis versuchte die Partei sich 2015 mit einer Demonstration, bei der André Poggenburg als Redner auftrat, die *Identitäre Aktion* mit Personal und Transparent vertreten war und sich weitere Personen der extremen Rechten beteiligten.

7.2 Wahlkampf

Der Wahlkampf im Regierungsbezirk wurde in den Regionen unterschiedlich intensiv geführt, fand jedoch auf insgesamt eher niedrigem Aktivitätsgrad statt.

Die NPD führte in Köln ein paar Infostände durch und berichtete von Briefkastenwahlkampf, blieb jedoch insgesamt mit Plakaten unsichtbar. Auch der Wahlkampf-LKW der Bundespartei, der wie bei vorausgegangenen Wahlen unterwegs war und für Kleinstkundgebungen an verschiedenen Orten stoppte,

wurde in Köln nicht gesichtet. Auch aus anderen Orten im Regierungsbezirk ist kein Stopp bekannt geworden.

Die *Republikaner* versuchten sich in einem sehr auf den „Spitzenkandidaten“ Kevin Krieger konzentrierten Wahlkampf. Wie auch bereits die NPD und *pro NRW* in der Vergangenheit organisierten sie eine Wahlkampftour mit kurzen Kleinstkundgebungen in verschiedenen Städten und Orten. Aachen, Stolberg und Düren wurde am 4. Mai besucht, am 10. Mai hielt Kevin Krieger in Bonn, Köln und Leverkusen in Begleitung zweier weiterer Personen je eine längere Rede vor einem ausschließlich aus Gegendemonstrant_innen bestehenden Publikum.

Deutlich professioneller gestaltete sich der Wahlkampf der AfD, jedoch war auch dieser klar von den internen Streitigkeiten überschattet. Die Partei setzte im Regierungsbezirk eher auf Wahlkampfveranstaltungen mit Parteiprominenz in geschlossenen Räumen.

Der Kölner Kreisverband konnte sich mit der Ausrichtung des Bundesparteitags am 22. April nicht – wie vermutlich ursprünglich beabsichtigt – nach innen wie nach außen präsentieren. Der Protest gegen den Parteitag störte den Ablauf, die Berichterstattung dreht sich hauptsächlich darum wie um bundespolitische Themen. Auch waren im Stadtbild Köln nur sehr wenig „klassische“ Wahlplakate zu sehen. Die AfD setzte eher auf Großplakate. Vor allem jedoch fielen die Plakate in den kommerziell vermarkteten Werbesystemen (in U-Bahn-Höfen etc.) auf. Hier handelte es sich jedoch nicht um eigene Wahlplakate, sondern um Unterstützungsplakate des „Vereins zur Erhaltung der Rechtsstaatlichkeit und der bürgerlichen Freiheiten“, der bereits in den vergangenen Wahlkämpfen die AfD großflächig unterstützte. Am 11. Mai plante die AfD eine Wahlkampfkundgebung auf dem Kölner Heumarkt, sagte diese jedoch kurzfristig ab. Stattdessen erfand sie den „Online-Infostand“, einen „interaktiver Livestream auf Facebook“ mit den Kölner Direktkandidaten.

7.3 Bewertung der Ergebnisse

Bei den Ergebnissen der extrem rechten und rechtspopulistischen Parteien im RB Köln gab es keine größeren Überraschungen. Die Parteien erzielten im RB Köln tendenziell die Ergebnisse, die sie auch NRW-weit verbuchen können.

Die einzig relevante rechte Kraft ist die AfD, alle anderen Parteien erzielten keine nennenswerten Ergebnisse. Dies gilt für den gesamten RB in Bezug auf die Wahlkreise, größtenteils jedoch auch für die Ebene der Städte bzw. Stadtteile und der Gemeinden.

Es zeigt sich kein Zusammenhang zwischen extrem rechten oder rechtspopulistischen Aktivitäten und Wahlverhalten. Beispielsweise in Linnich, wo unter dem Label „Bürger stehen auf“ 2015 und 2016 je eine extrem rechte Demonstration (insgesamt circa 210 Teilnehmende) stattfand, verblieb die Wahl extrem rechter Parteien auf unauffälligem Niveau: Die NPD kam auf 0,47 Prozent (32 Stimmen), *Die Rechte* auf 0,04 Prozent (3 Stimmen), die REP auf 0,04 Prozent (3 Stimmen). Auch die AfD erzielte hier mit 6,72 Prozent ein Ergebnis unter Landesdurchschnitt.

Wahlkreis/Städte	NPD	REP	Die Rechte	AfD
Aachen I Nördlicher Teil der Stadt Aachen	0.2	0.0	0.0	4.1
Aachen II Südlicher Teil der Stadt Aachen	0.2	0.1	0.0	5.0
Aachen III Alsdorf, Baesweiler, Herzogenrath, Würselen	0.4	0.1	0.0	7.1
Aachen IV Eschweiler, Monschau, Roetgen, Simmerath, Stolberg	0.5	0.1	0.0	6.7
Rhein-Erft-Kreis I Bedburg, Bergheim, Elsdorf, Pulheim	0.4	0.1	0.0	8.1
Rhein-Erft-Kreis II Frechen, Hürth, Kerpen	0.3	0.1	0.0	7.4
Rhein-Erft-Kreis III Brühl, Erftstadt, Wesseling	0.3	0.1	0.0	7.9
Euskirchen I Bad Münstereifel, Blankenheim, Euskirchen, Kall, Mechernich, Nettersheim, Weilerswist, Zülpich	0.3	0.1	0.0	8.0
Heinsberg I Gangelt, Geilenkirchen, Heinsberg, Selfkant, Übach-Palenberg und Waldfeucht.	0.5	0.0	0.0	6.0
Heinsberg II Erkelenz, Hückelhoven, Wassenberg, Wegberg.	0.7	0.1	0.0	7.0
Düren I Aldenhoven, Inden, Jülich, Langerwehe, Linnich, Merzenich, Niederzier, Nörvenich, Titz, Vettweiß	0.5	0.1	0.0	7.2
Düren II – Euskirchen II Düren, Heimbach, Hürtgenwald, Kreuzau, Nideggen, Dahlem, Hellenthal, Schleiden	0.4	0.0	0.0	7.8
Köln I Stadtbezirk Rodenkirchen, Altstadt-Süd, Neustadt-Süd	0.1	0.0	0.0	4.6
Köln II Stadtbezirk Lindenthal	0.1	0.0	0.0	3.7
Köln III Stadtbezirk Ehrenfeld, Nippes, Bilderstöckchen	0.1	0.0	0.0	5.1
Köln IV Stadtbezirk Chorweiler, Mauenheim, Niehl, Riehl, Weidenpesch, Longerich	0.2	0.1	0.0	8.2
Köln V Stadtbezirk Porz, Merheim, Brück, Rath/Heumar	0.3	0.1	0.0	8.4
Köln VI Stadtbezirk Innenstadt, Altstadt-Nord, Neustadt-Nord, Humboldt, Kalk, Vingst, Höhenberg, Ostheim, Neubrück	0.2	0.0	0.0	6.1
Köln VII Stadtbezirk Mülheim	0.3	0.1	0.0	7.3
Leverkusen	0.4	0.1	0.0	8.3
Rheinisch-Bergischer Kreis I Bergisch-Gladbach, Rösrath	0.2	0.0	0.0	6.2
Rheinisch-Bergischer Kreis II Burscheid, Kürten, Leichlingen, Odenthal, Overath, Wermelskirchen	0.2	0.1	0.0	6.6
Oberbergischer Kreis I Gummersbach, Hückeswagen, Lindlar, Marienheide, Radevormwald, Wipperfürth	0.3	0.1	0.0	6.8
Oberbergischer Kreis II Bergneustadt, Engelskirchen, Morsbach, Nümbrecht, Reichshof, Waldbröhl, Wiehl	0.4	0.1	0.0	8.2

Rhein-Sieg-Kreis I Eitorf, Hennef, Lohmar, Much, Neunkirchen-Seelscheid, Ruppichteroth, Windeck	0.3	0.1	0.0	6.9
Rhein-Sieg-Kreis II Bad Honnef, Königswinter, St. Augustin	0.3	0.0	0.0	6.4
Rhein-Sieg-Kreis III Alfter, Bornheim, Meckenheim, Rheinbach, Swistal, Wachtberg	0.2	0.0	0.0	6.8
Rhein-Sieg-Kreis IV Niederkassel, Siegburg, Troisdorf	0.3	0.1	0.0	7.5
Bonn I Nördlicher Teil von Bonn und Beuel	0.1	0.0	0.0	5.6
Bonn II Südlicher Teil von Bonn, Hardtberg, Bad Godesberg	0.1	0.0	0.0	5.4
Gesamtzahl Wähler_innen	6.066	1.169	493	141.810

7.3.1 Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD)

Die NPD erzielte in Heinsberg II mit 0,7 Prozent ihr bestes Ergebnis (NRW: 0,3), gefolgt von Aachen IV, Heinsberg I und Düren I mit jeweils 0,5 Prozent. Hier hat die NPD v.a. in der Stadt Hückelhoven im Kreis Heinsberg mit 183 Stimmen (1,10 Prozent) „gut“ abgeschnitten. Dort ist auch die AfD überdurchschnittlich oft gewählt worden, sie konnte 1.515 Zweitstimmen und damit 9,07 Prozent für sich verbuchen. In Übach-Palenberg und Wassenberg, ebenfalls im Kreis Heinsberg, kommt die NPD mit 80 bzw. 62 Stimmen auf jeweils 0,71 Prozent, wohingegen die AfD nicht überdurchschnittlich abschnitt.

Frühere Hochburgen wie Düren und Aachen fallen nicht mehr durch überdurchschnittlich hohe Stimmanteile für die NPD auf. Trotz der Aktivitäten des KV im Rhein-Sieg-Kreis konnte die NPD hier nirgendwo gut abschneiden und blieb in fast allen Gemeinden bei 0,3% Prozent der Stimmen.

7.3.2 DIE RECHTE

Die explizit neonazistisch auftretende *DIE RECHTE* im überall im RB bei 0 Prozent und konnte ihr bestes Ergebnis mit insgesamt 35 Stimmen in Leverkusen verbuchen. Trotz einer aktiven Neonaziszene in Jülich sind hier keinen Auffälligkeiten in der Zustimmung zu extrem rechten Parteien erkennbar. *Die Rechte* erhielt nur sechs Stimmen, die NPD 57 (0,34 Prozent). Auch die rechtspopulistische AfD blieb in Jülich mit nur 5,71 Prozent unterdurchschnittlich.

In Köln-Zollstock, wo einige Neonazis aktiv sind, erhielt „Die Rechte“ gerade mal vier Stimmen.

7.3.3 Die Republikaner (REP)

Die REP stürzten überall ab und erhielten im RB nirgendwo mehr als 0,1 Prozent der Stimmen. In Alsdorf (Städteregeion Aachen), einer ehemaligen „Hochburg“ der *Republikaner*, konnte die Partei lediglich 42 Stimmen (0,21 Prozent) auf sich vereinen. Die NPD kam hier im Vergleich auf 0,52 Prozent (105 Stimmen), die AfD hingegen erzielte mit 1.849 Stimmen überdurchschnittliche 9,22 Prozent. Hier lassen sich, wie auch andernorts, Wähler_innenwanderungen vermuten.

7.3.4 Volksabstimmung/Bündnis D

Volksabstimmung/Bündnis D traten nur im Rhein-Sieg-Kreis mit Direktkandidaten an, deren Ergebnis dann auch über dem der Zweitstimmen lag. Mit 0,1 Prozent ist die Partei jedoch genauso irrelevant wie die REP, blieb jedoch noch unsichtbarer als diese.

7.3.5 Alternative für Deutschland (AfD)

Die AfD erhielt im RB Köln tendenziell Ergebnisse um den Landesdurchschnitt (7,4 Prozent). Das beste wie auch das schlechteste Ergebnis verzeichnete sie in Köln: im Wahlkreis Köln V (Kalk, Merheim, Brück, Rath und vor allem Porz) kann sie mit 8,4 den höchsten Stimmenanteil für sich verbuchen. Die schlechtesten Ergebnisse erzielte sie in Köln I und II und Aachen I mit Ergebnissen um die 4 Prozent. Im RB bestehen damit jedoch keine so großen Polarisierungen wie im RB Münster, wo im nördlichen Ruhrgebiet teilweise Ergebnisse bis zu 20 Prozent erzielt wurden.

Scheinbar bestätigen sich die Ergebnisse der vorherigen Wahl: Wo schon vorher rechts gewählt wurde, wählt man jetzt auch AfD: In der Stadt Bergheim, wo bei vorherigen Wahlen *pro NRW* überdurchschnittliche Ergebnisse erzielen konnte, schlägt sich dies mit 2.589 Stimmen (9,53 Prozent) in einem über dem Landesdurchschnitt liegenden Ergebnis für die AfD nieder. Bei genauerer Betrachtung gilt dies allerdings so nicht mehr: Quadrath-Ichendorf, ein Stadtteil von Bergheim, brachte *pro NRW* hohe Ergebnisse ein, sticht nun aber nicht besonders hervor.

Die AfD ist im Gegensatz zu den übrigen rechten Parteien fast überall mit Direktkandidat_innen angetreten und hat erheblich mehr Wahlkampf gemacht. So gilt auch hier die Binsenweisheit: Wer vor der Wahl schlecht aufgestellt ist, bekommt weniger Stimmen. Die Ergebnisse der Zweitstimmen für die AfD lagen jeweils 1-1,5 Prozentpunkte über denen der Erststimmen, was (auf Wahlbezirksebene) gegen eine Personenwahl spricht.

In der zukünftigen Fraktion im Landtag werden mit Roger Beckamp, Iris Dworeck-Danielowski und Sven Tritschler drei Abgeordnete aus Köln vertreten sein, mit Andreas Keith einer aus Leverkusen.

7.3.6 AfD Köln

Auf Stadtteilebene erzielte die AfD ihre besten Ergebnisse in Chorweiler (13,10 Prozent), Gremberghoven (12,7 Prozent), Vingst (12,20 Prozent), Finkenberg (11,90 Prozent), Gregel (11,43 Prozent) und Neubrück (11,26 Prozent).

In Köln lässt sich tendenziell ein Zusammenhang zwischen Wahlbeteiligung und Ergebnissen der AfD beobachten. Besonders deutlich ist dies in Chorweiler, wo nur 31,91 Prozent der Stimmberechtigten zur Wahl gingen. Allerdings liegt die Wahlbeteiligung in Gregel mit 54,5 Prozent deutlich höher. Die geringsten Ergebnisse erzielte die AfD in der Südstadt (Neustadt Süd),

Klettenberg, Junkersdorf, Lindenthal, Sülz, Nippes). Hier lag die Wahlbeteiligung überall über 70 Prozent.

Tendenziell ist für das Stadtgebiet ein Zusammenhang zwischen Wahlergebnis und Sozialstruktur (SGB II-Empfänger, Haushaltseinkommen etc.) erkennbar; d.h. in den sozial benachteiligten Stadtteilen wird tendenziell eher AfD gewählt. Allerdings lassen sich auch gegenläufige Tendenzen finden. Beispielsweise gibt es statistisch gesehen „ärmere“ Stadtteile als Grengel, die jedoch – wie Mülheim – deutlich weniger rechts gewählt haben. Wichtig erscheint hier, die unterschiedlichen Milieus inklusive ihrer Lebensstile und Bildungsabschlüsse (also über die soziale Stellung hinaus) mit einzubeziehen. Tendenziell bilden sich jedoch in Bezug auf rechte Parteien die Ergebnisse ab, die sich auch schon bei den Kommunalwahlen 2009 mit *pro Köln* feststellen ließen. Die Kurzanalyse der Stadt Köln, die auch soziale Milieus umfasst, steht noch aus (und wird hier veröffentlicht werden: <http://www.stadt-koeln.de/politik-und-verwaltung/wahlen/>).

7.4 Fazit

Die extreme rechten und rechtspopulistischen Parteien waren im RB Köln mit Wahlwerbung wenig öffentlich präsent (Kundgebungen, Infostände, Plakate). Dies gilt abgesehen von der AfD auch für die Netzpräsenz. Insgesamt zeigt sich kein kausaler Zusammenhang zwischen Strukturen der Rechten (z.B. stabiler und aktiver KV) und dem Ergebnis. Für das schlechte Abschneiden von NPD, *Die Rechte* und *Republikanern* dürfte neben der eigenen Schwäche vor allem die Konkurrenz durch die AfD verantwortlich sein.

8 Regionale Analyse V: Regierungsbezirk Münster

8.1 Ausgangslage

Extrem rechte beziehungsweise rechtspopulistische Parteien traten im Kontext der Landtagswahl 2017 mit Ausnahme der AfD im Regierungsbezirk Münster kaum in Erscheinung. Diese Beobachtung mag kaum verwundern, befindet sich das extrem rechte Parteienspektrum in der Region schon seit Jahren im Niedergang. Diese Feststellung gilt vor allem für die NPD. Diese hat zwar im Regierungsbezirk Münster nach eigenen Angaben noch einen Kreisverband in Steinfurt, der jedoch organisatorisch und personell faktisch nicht mehr handlungsfähig ist. Im Vorfeld der Landtagswahl trat die NPD in dem nördlichen Münsterlandkreis folglich nicht mit eigenständigen Aktionen in Erscheinung und beschränkte sich im Wesentlichen darauf, in ihrer online-Präsenz Beiträge des NPD-Bundes- und Landesverbandes zu verlinken. Nach desaströsen Wahlergebnissen bei Landtags- und Bundestagswahlen, die in den meisten Wahlkreisen des Regierungsbezirks deutlich unter der Ein-Prozent-Marke lagen, scheint die ohnehin äußerst dünne, wenn überhaupt noch existierende Mitgliederbasis der „Nationaldemokraten“ in vollständige Lethargie verfallen zu sein.

8.2 Wahlkampf und Analyse des Wahlausgangs

8.2.1 Die Republikaner (REP)

Ähnliches gilt für *Die Republikaner*. Im Regierungsbezirk Münster verfügen sie – folgt man den parteioffiziellen Angaben – lediglich über einen Bezirksverband Münsterland, der aber keinerlei Aktivitäten entfaltetete – weder in den vergangenen Jahren noch im Landtagswahlkampf. Die Bedeutungslosigkeit der *Die Republikaner* ist indessen keine neue Entwicklung. Der Niedergang der Partei auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene lässt sich im Grunde seit Mitte der 1990er Jahre als Dauerzustand beschreiben. Von den gesellschaftlichen Polarisierungen und den sich verschärfenden Debatten um Einwanderung beziehungsweise die Aufnahme von Geflüchteten in der Bundesrepublik vermochten die Rechtspopulisten eben so wenig wie die NPD zu profitieren, obgleich beide Parteien die Polemik gegen das „Asylchaos“ ins Zentrum ihrer Wahlkampagnen gerückt hatten.

8.2.2 Bürgerbewegung pro NRW (pro NRW)

Diese Rhetorik gehört auch zum Standardrepertoire Der *Bürgerbewegung pro NRW*, die in den vergangenen Jahren als einzige extrem rechte Partei im Regierungsbezirk Münster punktuell und insgesamt auf niedrigem Niveau „Wahlerfolge“ verzeichnen konnte. Bei den Landtagswahlen im Mai 2012 erzielte die „Bürgerbewegung“ in Gelsenkirchen 4,1 Prozent der Stimmen. In Bottrop kam sie auf 2,7 Prozent. In Gelsenkirchen kam die Partei bei Kommunalwahlen auf 4,3 Prozent im Jahr 2009 und auf 4,0 Prozent im Jahr 2014. Sie war somit mit drei Mandatsträgern im Rat sowie in allen Bezirksvertretungen der Stadt vertreten. Die konstanten Zustimmungswerte ließen darauf schließen, dass *pro NRW* in der zweitgrößten

Stadt des Regierungsbezirks auf eine Stammwähler_innenschaft von rund 4 Prozent bauen konnte. Zu den Landtagswahlen 2017 trat die „Bürgerbewegung“ indessen gar nicht erst an. Anfang 2017 verkündete der Parteivorstand den einstimmigen Beschluss, „angesichts der sehr guten Umfragewerte der NRW-AfD auf eine Konkurrenzkandidatur zu verzichten“. Diese Entscheidung resultierte jedoch keineswegs nur aus den zum damaligen Zeitpunkt in der Tat wachsenden Zustimmungswerten für die AfD, sondern ist vor allem auf die parteiinternen Querelen zurückzuführen, die sich an persönlichen Animositäten innerhalb der Führungsriege von *pro NRW* sowie an vermeintlich unterschiedlichen Auffassungen über die unverkennbare Radikalisierung der „Bürgerbewegung“ entzündeten. In den vergangenen Monaten verließen zahlreiche Funktionär_innen und Mandatsträger_innen die Partei. Auch in Gelsenkirchen liefen die drei Ratsmitglieder von *pro NRW* zur konkurrierenden, jedoch nicht weniger weit rechts stehenden Partei *Pro Deutschland* über, die sich ebenfalls nicht an der Landtagswahl beteiligte.

8.2.3 Alternative für Deutschland (AfD)

Demnach war die AfD die einzige Partei des rechten Spektrums, die organisatorisch und personell die Voraussetzungen erfüllte, einen wahrnehmbaren Landtagswahlkampf im Regierungsbezirk Münster zu führen. Dabei nutzte die AfD die gesamte Bandbreite der ihr zur Verfügung stehenden Möglichkeiten. So war die Partei zwar keineswegs flächendeckend, aber doch regelmäßig in jenen Orten, an denen sie über Organisationsstrukturen verfügt, mit Wahlkampfständen, Flyeraktionen und Plakatierungen präsent. Bei Wahlkampfveranstaltungen trat in den Tagen unmittelbar vor der Landtagswahl in Gelsenkirchen, Bottrop und Münster Bundessprecherin Frauke Petry neben NRW-Spitzenkandidaten Marcus Pretzell als Redner_innenpult. Pretzell unternahm zudem am Wochenende vor dem Wahltermin eine „Tour“ durch den Kreis Recklinghausen und trat an Wahlkampfständen in Marl, Dorsten, Recklinghausen und Gladbeck auf. Hier stellte er sich zudem einem „Bürgerdialog“ – allerdings aufgrund befürchteter Repressionen gegen den Gastwirt an einem nur angemeldeten Teilnehmenden bekannten Ort. Im Kreis Borken inszenierte die Partei sich als bürgerliche Kraft mit einem monatlichen „Bürgerforum“ zu unterschiedlichen Themen an repräsentativen Orten, etwa der Stadthalle Ahaus. Inhalt und Stil des AfD-Wahlkampfes im Regierungsbezirk Münster changierten zwischen den Versuchen, sich als bieder-seriose nationalkonservative Partei zu inszenieren und einer für die AfD insgesamt charakteristischen emotionalisierenden Rhetorik.

Eine, in der Öffentlichkeit breit wahrgenommene, Auftaktveranstaltung bildete gewissermaßen der Neujahrsempfang des AfD-Kreisverbandes Münster am 10. Februar 2017 im Festsaal des Historischen Rathauses, bei dem Marcus Pretzell und Frauke Petry neben dem Ratsherrn Martin Schiller als Redner_innen auftraten, nicht zuletzt um die rund 500 Zuhörer_innen auf die bevorstehenden Landtags- und Bundestagswahlkämpfe einzuschwören. Vor den Rathaustoren demonstrierten derweil mindestens 8.000 Menschen aus unterschiedlichen gesellschaftlichen und politischen Spektren gegen die AfD. Auch die Kaufmannschaft schloss sich den Protesten an. Die Fassaden der rund um das Rathaus gelegenen Geschäfte

waren am Abend des Neujahrsempfangs demonstrativ mit Europafahnen geschmückt. In großen Teilen der Münsteraner Öffentlichkeit wurde der Auftritt von Frauke Petry und Marcus Pretzell im Rathausfestsaal als unverhohlene Provokation empfunden.

Die Tatsache, dass die AfD auch in der Folgezeit kommunale Räumlichkeiten, vor allem Schulen, für ihre Wahlkampfveranstaltungen nutzte, rief vielfach Empörung und bisweilen lautstarke Proteste hervor. Dies galt besonders für eine „Abschlussveranstaltung“ des AfD-Landtagswahlkampfes mit Marcus Pretzell und Frauke Petry, die vor rund 100 Anhänger_innen am 13. Mai in der Aula des städtischen Freiherr-vom-Stein-Gymnasiums in Münster-Gievenbeck stattfand. Nachdem die Stadt der AfD nur wenige Tage zuvor die Räumlichkeiten überlassen hatte, zog sie nach Protesten von Schüler_innen, Lehrer_innen und der Schulpflegschaft sowie weiteren empörten Reaktionen aus Politik und Zivilgesellschaft ihre Zusage mit dem Hinweis zurück, über den eigentlichen Charakter der Veranstaltung von der Partei getäuscht worden zu sein. Eine Begründung, die das Verwaltungsgericht Münster nach einer Klage der AfD verwarf, so dass die Veranstaltung schließlich stattfinden konnte. Für die Rechtspopulist_innen verlief der Nachmittag trotzdem nicht erfreulich. Schüler_innen, Lehrer_innen und Eltern hatten kurzfristig ein buntes Schulfest organisiert, um zu demonstrieren, dass die Schule für eine offene, pluralistische Gesellschaft und damit dem Weltbild der AfD entgegensteht. Auf zahlreichen Plakaten bezog die Schulgemeinschaft Position gegen Rassismus und für ein weltoffenes Zusammenleben. Vor der Schule demonstrierten zudem rund 500 Menschen gegen die AfD. Aufbruchsstimmung wie sie für gewöhnlich von Wahlkampfabschlusskundgebungen ausgehen soll, konnte sich unter den wenigen in Gievenbeck erschienenen Parteianhänger_innen unter solchen Umständen wohl kaum entwickeln. Stattdessen vermittelt ein Mittschnitt der AfD-Veranstaltung das gewohnte Bild von Opferinszenierung, untermalt durch aggressive Rhetorik gegen die politischen GegnerInnen, die man in diesem Fall vor allem draußen auf dem Schulhof währte.

Auch in Bottrop hatte sich die AfD kurz vor der Wahl am 11. Mai 2017 eine städtische Schule, die Willy-Brandt-Gesamtschule, als Veranstaltungsort für Ihre Wahlkampfveranstaltung ausgesucht. Vor ungefähr 300 Zuschauer_innen sprachen hier Frauke Petry, Marcus Pretzell und Guido Reil. Moderiert wurde die Veranstaltung vom Münsteraner AfD-Ratsherrn Martin Schiller. Auch hier gab es Protest durch gut 350 Bürger_innen. Die Wahlkampfveranstaltungen in Bottrop und Münster waren nicht die ersten Auftritte an Schulen, die für Unmut sorgten. Schon Anfang Februar war der Kreissprecher der AfD Borken, Helmut Seifen, zugleich Fachsprecher für Schule und Weiterbildungspolitik des AfD-Landesverbandes und Landtagskandidat seiner Partei (Listenplatz 6), in den Unterricht eines sozialwissenschaftlichen Kurses an einem Stadtlohner Gymnasium eingeladen worden. Auf Kritik stieß dabei die Entscheidung, ausschließlich Seifen, der selbst als Schulleiter an einem Gronauer Gymnasium amtiert, und sonst keine weiteren Landtagskandidat_innen anderer Parteien zu der Veranstaltung einzuladen.

Die Auftritte von AfD-Politiker_innen an Schulen boten somit auf zwei Ebenen Anlässe für Diskussionen. Zum einen wurde darüber debattiert, ob es grundsätzlich vertretbar sei, Schulgebäude politischen Parteien für Wahlkampfzwecke zur Verfügung zu stellen. Im Hinblick auf die Nutzung schulischer Räumlichkeiten

durch die AfD ergab sich zudem der Eindruck, dass die Partei ihre Veranstaltungen bevorzugt ausgerechnet in jenen Schulen durchzuführen beabsichtigte, die entweder für ihr Engagement im Netzwerk „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ bekannt sind (wie etwa das Freiherr vom Stein-Gymnasium in Münster) oder durch ihren Schulnamen Personen würdigen, die vom NS-Regime verfolgt wurden (wie etwa Willy Brandt als Namenspatron der Willy-Brandt-Gesamtschule in Bottrop). Zum anderen entzündeten sich im Vorfeld der Landtagswahl an mehreren Schulen Diskussionen, ob und unter welchen Voraussetzungen AfD-Politiker_innen gemeinsam mit Vertreter_innen anderer Parteien zu Podiumsveranstaltungen eingeladen werden sollten. Während an einigen Schulen Lehrer_innen und Schüler_innen darauf insistierten, rechtspopulistischen Thesen keine Resonanzräume eröffnen zu wollen, warnten andere davor, die AfD auszugrenzen und auf diese Weise deren Selbststilisierung als „Opfer“ vermeintlicher „politischer Korrektheit“ nicht noch weiter zu stützen.

Ganz unabhängig von diesen Diskussionen bildete die Opferinszenierung der AfD in der Wahlkampfrhetorik der Partei bei deren Auftritten im Regierungsbezirk Münster eine zentrale Rolle. Die permanente Selbstviktimisierung fungierte gleichermaßen als Inhalt und politischer Stil. In mehreren Saalveranstaltungen und Kundgebungen unter freiem Himmel, rekurrten die Protagonist_innen der AfD immer wieder auf die gleiche für die Partei charakteristische Themenpalette. Wie so häufig polemisierte etwa Christian Blex, AfD-Kreistagsabgeordneter im Kreis Warendorf und Landtagskandidat im Wahlkreis Warendorf II bei einer Kundgebung auf dem Ahlener Marienplatz am 6. Mai gegen eine angeblich „ökoreligiös“ motivierte Energiepolitik, während bei gleicher Gelegenheit Guido Reil seine Rolle als ehrlicher, aber von der Sozialdemokratie verratener Arbeiter gab, der nunmehr seine politische Heimat in der AfD gefunden habe. Ähnliche Auftritte absolvierte Reil auch in Gelsenkirchen, Bottrop und Gladbeck. Die Dramaturgie aller AfD-Veranstaltungen war darüber hinaus von einer notorisch ethnozentrischen Rhetorik geprägt, in der immer wieder Krisen- und Feindbildkonstruktionen bemüht wurden, die mit Einwanderung und vermeintlicher Überfremdung verknüpft wurden.

Auffällig ist im Regierungsbezirk Münster mit Blick auf die Wahlergebnisse der AfD insgesamt ein deutliches Gefälle zwischen dem nördlichen Ruhrgebiet und den münsterländischen Wahlkreisen. So hat die AfD im Wahlkreis Gelsenkirchen II mit 15,2 Prozent der Stimmen das landesweit höchste Ergebnis erzielt, im Wahlbezirk Münster I dagegen mit 3,4 Prozent die niedrigsten. Gerade im nördlichen Ruhrgebiet konnte die Partei viele Wähler_innenstimmen auf sich vereinen, die beiden Gelsenkirchener Wahlkreise, die Stadt Bottrop und die Wahlkreise Recklinghausen I-III sind unter den 15 landesweit stärksten Ergebnissen der Partei mit jeweils über zehn Prozent. Dabei gibt es in Gelsenkirchen, Gladbeck und Marl Stimmbezirke, in denen teils deutlich über 20 Prozent Zustimmung der Wähler_innen ihr Kreuz bei der AfD machen. Im Münsterland stechen besonders die Städte Ahlen, Beckum, Gronau und Ennigerloh hervor, in denen die AfD und ihre Landtagskandidat Christian Blex, Helmut Seifen und Uwe Hermann teils deutlich mehr als 10 Prozent % auf sich vereinen konnten.

Mit Blex und Seifen, der zu einem von drei stellvertretenden Vorsitzenden der Fraktion gewählt wurde, ziehen zwei Kandidaten aus dem RB Münster in den Landtag ein. Marcus Pretzell trat als Direktkandidat im Kreis Recklinghausen an und ist als Listenkandidat Nummer eins nun Fraktionsvorsitzender – sein Kreisverband ist allerdings Bochum.

8.3 Ergebnisse

Wahlkreis/Städte	NPD	REP	Die Rechte	AfD
Recklinghausen I Recklinghausen	0.4	0.1	0.0	10.3
Recklinghausen II Herten, Marl (westl. Teil)	0.5	0.1	0.1	11.0
Recklinghausen III Dorsten (südl. Teil), Gladbeck	0.4	0.1	0.0	10.9
Recklinghausen IV Datteln (northwestl. Teil), Dorsten (nördl. Teil), Haltern am See, Marl (östl. Teil), Oer-Erkenschwick	0.4	0.1	0.0	8.4
Recklinghausen V Castrop-Rauxel, Datteln (südöstl. Teil), Waltrop	0.5	0.1	0.1	9.4
Gelsenkirchen I Nord, West, Ost	0.5	0.2	0.1	14.1
Gelsenkirchen II Mitte, Süd	0.6	0.2	0.1	15.2
Bottrop Bottrop	0.5	0.1	0.1	11.0
Borken I Bocholt, Borken, Isselburg, Rhede	0.2	0.0	0.0	4.7
Borken II Ahaus, Gronau, Heek, Legden, Schöppingen, Stadtlohn, Vreden	0.3	0.0	0.0	4.2
Coesfeld I – Borken III Gescher, Heiden, Raesfeld, Reken, Südlohn, Velen; Billerbeck, Coesfeld, Havixbeck, Rosendahl	0.2	0.0	0.0	4.2
Coesfeld II Ascheberg, Dülmen, Lüdinghausen, Nordkirchen, Nottuln, Olfen, Senden	0.3	0.1	0.0	5.0
Steinfurt I Altenberge, Greven, Horstmar, Laer, Metelen, Neuenkirchen, Nordwalde, Ochtrup, Steinfurt, Wettringen	0.2	0.0	0.0	4.3
Steinfurt II Emsdetten, Hörstel, Ladbergen, Rheine, Saerbeck	0.2	0.0	0.0	4.5
Steinfurt III Hopsten, Ibbenbüren, Lengerich, Lienen, Lotte, Mettingen, Recke, Tecklenburg, Westerkappeln	0.2	0.0	0.0	4.6
Münster I Nord, Ost, West (nördl. Teil), Mitte (nördl. Teil)	0.1	0.0	0.0	3.4
Münster II Süd-Ost, Hilstrup, West (südl. Teil), Mitte (südl. Teil)	0.1	0.0	0.0	4.0
Warendorf I Beelen, Ennigerloh, Everswinkel, Oelde, Ostbevern, Sassenberg, Telgte, Warendorf	0.3	0.0	0.0	4.9
Warendorf II Ahlen, Beckum, Drensteinfurt, Sendenhorst, Wadersloh	0.3	0.1	0.0	6.1
Gesamtzahl Wähler_innen	3.968	876	401	88.611

9 Impressum

Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus NRW



www.mobile-beratung-nrw.de

Kontakt für Nachfragen und weitere Informationen:

info@mobile-beratung-nrw.de

Autor des NRW-Teils:

Felix Huesmann

Herausgeberin

Wuppertaler Initiative für Demokratie und Toleranz e.V.

Bendahler Str. 29

42258 Wuppertal

(stellvertretend für die Mobile Beratung in NRW)

Redaktionsschluss und Tag des letzten Abrufs der in den Fußnoten genannten Webseiten: 18.5.2017